

Anträge 37. Landesparteitag die Linke Bremen und Bremerhaven

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 37. Landesparteitag der Linken Bremen und Bremerhaven

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

L 01-1 -01	Änderungsantrag zu L 01-1	6
L 01-1 -02	Änderungsantrag zu L 01-1	6
L 01-1 -03	Änderungsantrag zu L 01-1	9
L 01-1 -04	Änderungsantrag zu L 01-1	9
L 01-1 -05	Änderungsantrag zu L 01-1	10
L 01-1 -06	Änderungsantrag zu L 01-1	11
L 01-1 -07	Änderungsantrag zu L 01-1	11
L 01-1 -08	Änderungsantrag zu L 01-1	12
L 01-1 -09	Änderungsantrag zu L 01-1	13
L 01-2 -01	Änderungsantrag zu L 01-2	13
L 01-2 -02	Änderungsantrag zu L 01-2	14
L 01-2 -03	Änderungsantrag zu L 01-2	15
L 01-2 -04	Änderungsantrag zu L 01-2	16
L 01-2 -05	Änderungsantrag zu L 01-2	18
L 01-2 -06	Änderungsantrag zu L 01-2	19
L 01-2 -07	Änderungsantrag zu L 01-2	20
L 01-2 -08	Änderungsantrag zu L 01-2	20
L 01-3 -01	Änderungsantrag zu L 01-3	21
L 01-3 -02	Änderungsantrag zu L 01-3	23
L 01-3 -03	Änderungsantrag zu L 01-3	24

L 01-3 -04 Änderungsantrag zu L 01-3	25
L 01-3 -05 Änderungsantrag zu L 01-3	26
L 01-3 -06 Änderungsantrag zu L 01-3	26
L 01-3 -07 Änderungsantrag zu L 01-3	27

A - Anträge an den Parteitag

A 15 -01	Änderungsantrag zu A 15	28
A 15 -02	Änderungsantrag zu A 15	29
A 02-E	Linke Friedenspolitik in unsicheren Zeiten	31
A 02-E -01	Änderungsantrag zu A 02-E	36
A 02-E -02	Änderungsantrag zu A 02-E	36
A 02-E -03	Änderungsantrag zu A 02-E	37
A 02-E -04	Änderungsantrag zu A 02-E	38
A 02-E -05	Änderungsantrag zu A 02-E	39
A 02-E -06	Änderungsantrag zu A 02-E	39
A 02-E -07	Änderungsantrag zu A 02-E	40
A 02-E -08	Änderungsantrag zu A 02-E	41
A 02-E -09	Änderungsantrag zu A 02-E	42
A 02-E -10	Änderungsantrag zu A 02-E	42
A 02-E -11	Änderungsantrag zu A 02-E	43
A 02-E -12	Änderungsantrag zu A 02-E	44
A 02-E -13	Änderungsantrag zu A 02-E	44
A 02-E -14	Änderungsantrag zu A 02-E	45
A 02-E -15	Änderungsantrag zu A 02-E	45
A 02-E -16	Änderungsantrag zu A 02-E	46
A 02-E -17	Änderungsantrag zu A 02-E	46
A 02-E -18	Änderungsantrag zu A 02-E	47
A 02-E -19	Änderungsantrag zu A 02-E	47
A 02-E -20	Änderungsantrag zu A 02-E	48
A 02-E -22	Änderungsantrag zu A 02-E	48
A 02-E -21	Änderungsantrag zu A 02-E	49

A 02-E -23	Änderungsantrag zu A 02-E	49
A 02-E -24	Änderungsantrag zu A 02-E	50
A 02 -03	Änderungsantrag zu A 02	51
A 02 -04	Änderungsantrag zu A 02	51
A 02 -05	Änderungsantrag zu A 02	52
A 02 -06	Änderungsantrag zu A 02	52
A 02 -10	Änderungsantrag zu A 02	53
A 08 -01	Änderungsantrag zu A 08	54

O - Anträge mit Organisationsbezug

O 03 -01 Änderungsantrag zu O 03

54

Antrag L 01-1 -01: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	LAG Bildung
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 10

- 3 Die Bürgerschaftswahl 2027 fällt in eine Zeit, in der viele Menschen in Bremen und
4 Bremerhaven von Krisen betroffen sind. Preissteigerungen, Kriege und geopolitische
5 Unsicherheit sowie das unsoziale Agieren der Bundesregierung, die bislang im
6 Wesentlichen nur nach oben entlastet, haben Pessimismus, Armutsrisiken,
7 verteilungspolitische Schieflagen und konkrete Existenzängste verstärkt. Gerade in
8 diesen Zeiten muss die öffentliche Hand ein Garant für soziale Gerechtigkeit sein.
9 Wir wollen, dass niemand im Regen stehen bleibt. Wir wollen Probleme nachhaltig und
10 zukunftsorientiert lösen und wissen, wo wir ansetzen können. Wir wollen ein Bildungssystem,
das diesem Anspruch von Beginn an gerecht wird! In den vergangenen
11 sieben Jahren haben wir für genau diesen Anspruch als Teil der ersten rot-grün-
12 roten Koalition in Westdeutschland gekämpft - wir sind mit den Aufgaben gewachsen
13 und treten für unsere Ziele 2027 gestärkt zur Bürgerschaftswahl an.

Begründung

Das Thema "Bildung" muss zu Beginn des Leitantrags ob seiner großen Bedeutung Erwähnung finden.

Antrag L 01-1 -02: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	LAG Klima & Umwelt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 4 - 5

- 3 Die Bürgerschaftswahl 2027 fällt in eine Zeit, in der viele Menschen in Bremen und

4 Bremerhaven von Krisen betroffen sind. Preissteigerungen, Kriege, Klimakatastrophen und
geopolitische
5 Unsicherheiten sowie das unsoziale Agieren der Bundesregierung, die bislang im
6 Wesentlichen nur nach oben entlastet, haben Pessimismus, Armutsrisiken,
7 verteilungspolitische Schieflagen und konkrete Existenzängste verstärkt. Gerade in
8 diesen Zeiten muss die öffentliche Hand ein Garant für soziale Gerechtigkeit sein.
9 Wir wollen, dass niemand im Regen stehen bleibt. Wir wollen Probleme nachhaltig und
10 zukunftsorientiert lösen und wissen, wo wir ansetzen können. In den vergangenen
11 sieben Jahren haben wir für genau diesen Anspruch als Teil der ersten rot-grün-
12 roten Koalition in Westdeutschland gekämpft - wir sind mit den Aufgaben gewachsen
13 und treten für unsere Ziele 2027 gestärkt zur Bürgerschaftswahl an.

Zeile 56

53 Über unsere Ressorts hinaus haben wir eine Vielzahl von Projekten angestoßen, die
54 es ohne eine Linke in der Landesregierung nicht gäbe. Dazu zählen der Fonds für
55 Energie- und Wassersperren, Doppel-Besetzungen (u.a. Erzieher*innen und
56 Sozialpädagog*innen als Zweitkräfte) an Grundschulen ~~und die~~, das Projekt Solidarische
Photovoltaik-Balkonkraftwerke für Menschen mit geringem Einkommen und die
57 Landesantidiskriminierungsstelle. Diese und viele weitere unserer Projekte, haben
58 eine Politik der sozialen Gerechtigkeit spürbar gemacht.

Zeile 63 - 68

59 Trotz dieser Erfolge sind wir auch an Grenzen gestoßen. Insbesondere die laufende
60 Legislatur war von stark begrenzten finanziellen Mitteln geprägt, wesentlich durch
61 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Notlagen-Krediten. Davon betroffen
62 waren vor allem Projekte der sozial-ökologischen Transformation, die weiterhin für
63 den Wirtschaftsstandort Bremen und die Lebensqualität aller Menschen in unserer Stadt
dringend notwendig sind. ~~Der sozial-ökologischen~~
64 ~~Transformation steht aktuell entgegen, dass~~ Wer in einer schlecht gedämmten Wohnung ohne
Balkon und mit der Zeitenwende in praktisch allen
65 ~~Politikbereichen Rüstungslogiken Einzug gehalten und von unabsehbarer Dauer~~
66 ~~Konjunktur haben. Dazu kommt wenig~~ Zugang zu kühlenden Grünflächen lebt, leidet heute
schon unter den Folgen des Klimawandels und übersteuerten Heizkosten. Die sozial-
ökologische Transformation ist aufgrund zahlreicher Krisen (Corona, Russlands Krieg gegen
die Ukraine, gesperrte Straße von Hormus etc.) in den Hintergrund getreten. Zudem hat die
gesellschaftliche Rechtsverschiebung, ~~die~~
67 Debatten- und Handlungsspielräume verengt ~~und uns immer wieder Abwehrkämpfe~~
68 ~~abverlangt.~~ Umso offensiver sollten wir diese Auseinandersetzungen führen, auch um bei der
unverzichtbaren sozial-ökologischen Transformation weiter voranzukommen.

Zeile 70

70 Unser Antritt für soziale und ökologische Gerechtigkeit und ein Bundesland, in dem alle gut

und

- 71 selbstbestimmt leben können - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sexualität,
72 Alter, Hautfarbe, Einkommen oder davon, ob sie eine Behinderung haben - ist einer
73 unter massiv verschärften Vorzeichen.

Zeile 81 - 82

- 74 Angesichts der teils antidemokratischen und unsozialen Entwicklungen hat der
75 Einsatz für soziale Gerechtigkeit, ein solidarisches Miteinander und Menschenrechte
76 eine besondere Dringlichkeit. Wir beantworten Krisen und Veränderungen mit linken
77 Konzepten. Mit unserer Politik wollen wir diejenigen entlasten und schützen, die
78 von diesen Krisen am stärksten betroffen sind. Damit stellen wir uns in
79 antifaschistischer Tradition denjenigen entgegen, die meinen, mit Hetze und
80 Ausgrenzung gegen Migrant*innen, Leistungsempfänger*innen, behinderte oder queere
81 Menschen ein politisches Angebot zur Krisenbewältigung machen zu können. ~~Bremen-~~
Das bedeutet auch, dass wir uns für eine sozial-ökologische Transformation einsetzen, so eng
die finanziellen Spielräume sein mögen. Hierzu gehören unter anderem eine Wärmewende,
die Mieter*innen entlastet; eine Verkehrswende, die alle
mobil macht (wie es der Volksentscheid "Einfach Unterwegs" exemplarisch anstrebt); eine
Produktionswende, die ansässige Industrien dekarbonisiert und klimarelevante Berufe
fördert; eine Ernährungswende, die regionales und ökologisch produziertes Essen in
öffentlichen Einrichtungen fördert;
und eine Schwammstadt- und Hitzewende, von der insbesondere benachteiligte Stadtteile
profitieren. Klimagerechtigkeit ist für uns keine Ergänzung zur sozialen Frage - sie ist ein Teil
davon. Mit der Linken bleibt Bremen stabil! Wir sind überzeugt davon, dass eine bessere
Zukunft möglich ist. Wir
83 wollen gemeinsam eine Zukunft gestalten, die für alle da ist. Dafür setzen wir uns
84 im Kleinen wie im Großen ein: vom Zuhause, über die Quartiere, in der
85 Stadtgesellschaft bis auf Ebene des Bundeslandes.

Begründung

Auf den letzten beiden Parteitagen (vor allem dem vorletzten) wurde in mehreren Anträgen ein starker Fokus auf die sozial-ökologische Frage beschlossen. In diesem Sinne haben wir versucht, die sozial-ökologische Handschrift im vorgeschlagenen Leitantrag etwas stärker sichtbar zu machen. Einerseits, weil wir von der inhaltlichen Notwendigkeit überzeugt sind (auch und gerade im Bereich "Wohnen"), andererseits, weil wir glauben, dass wir dadurch keine Wähler:innen verlieren werden, uns aber im progressiven bzw. linken Pol der Gesellschaft (und somit des Wähler:innenspektrums) positiv profilieren können. Insofern ist uns durchaus bewusst, dass der Leitantrag durch unsere Änderungsanträge etwas länger wird, finden das aber inhaltlich und strategisch gerechtfertigt. In gewisser Weise glauben wir, die Kommentare in der interessierten (medialen) Öffentlichkeit schon hören zu können, die die ökologische Schärfung im Programm der Bremer Linken bemerken werden - hoffentlich mit dem positiven Nebeneffekt, dass sich unsere Mitbewerber ebenfalls deutlicher positionieren müssen, als das derzeit üblich ist.

Antrag L 01-1 -03: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	Britta Litke-Skiera (OV Bremen-Nord · Nr. 2003), Thorsten Schildt (OV Bremen-West · Nr. 3703)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 9 - 10

- 3 Die Bürgerschaftswahl 2027 fällt in eine Zeit, in der viele Menschen in Bremen und
4 Bremerhaven von Krisen betroffen sind. Preissteigerungen, Kriege und geopolitische
5 Unsicherheit sowie das unsoziale Agieren der Bundesregierung, die bislang im
6 Wesentlichen nur nach oben entlastet, haben Pessimismus, Armutsrisiken,
7 verteilungspolitische Schieflagen und konkrete Existenzängste verstärkt. Gerade in
8 diesen Zeiten muss die öffentliche Hand ein Garant für soziale Gerechtigkeit sein.
9 ~~Wir wollen~~Wir setzen uns dafür ein, dass niemand im Regen stehen bleibt.~~Wir wollen~~ und
10 dass Probleme nachhaltig und
11 zukunftsorientiert ~~lösen und wissen, wo wir ansetzen können~~gelöst werden. In den
12 vergangenen
13 sieben Jahren haben wir für genau diesen Anspruch als Teil der ersten rot-grün-
14 roten Koalition in Westdeutschland gekämpft - wir sind mit den Aufgaben gewachsen
15 und treten für unsere Ziele 2027 gestärkt zur Bürgerschaftswahl an.

Begründung

„Wollen ist passiv, einsetzen aktiv. Wollen kann man vieles ohne etwas dafür zu tun. Sich für etwas einsetzen muss man aktiv. „wir wissen, wo wir ansetzen können“ ist irrelevant. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Bei uns ist davon auszugehen, dass wir das wissen.

Antrag L 01-1 -04: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	Britta Litke-Skiera (OV Bremen-Nord · Nr. 2003), Thorsten Schildt (OV Bremen-West · Nr. 3703)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 24 - 28

- 14 Wir sagen ganz klar: wir wollen mehr. Deshalb erneuern wir unseren Anspruch, nicht
15 nur den Status Quo verwalten zu wollen, sondern die Zukunft aktiv zu gestalten. Wir
16 erneuern unsere Motivation, einen tatsächlichen Gegenentwurf zu den anderen
17 Parteien und zu den Scheinalternativen von Rechts zu bieten. Wir wollen, dass
18 Investitionen und Entlastungen stärker bei den Menschen und gesellschaftlichen
19 Infrastrukturen ankommen, die unter Druck stehen. Wir wollen, dass Politik wieder
20 eine positive Kraft an der Seite der Menschen ist, auf die derzeit Krisen abgeladen
21 werden, für die sie nichts können. Dass die gesellschaftlich geleistete Arbeit
22 anerkannt wird, statt kleingeredet und mit ungerechten Kürzungen konfrontiert. Wir
23 wollen eine Hoffnung organisieren, die untersetzt ist mit konkreten Verbesserungen.
24 ~~Dabei werden wir eine starke Stimme für diejenigen sein, die viel zu oft vergessen~~
25 ~~werden: Alleinerziehende, prekär Beschäftigte und Erwerbslose, Migrant*innen,~~
~~Menschen und Familien mit eher geringen Einkommen, und all die anderen, die auf ein-~~
~~funktionierendes Gemeinwesen angewiesen sind, das ihre Rechte schützt.~~

Begründung

Allgemeinplätze sagen nicht viel aus, bitte Inhalte bezogen auf „funktionierendes Gemeinwesen“ und „das ihre Rechte schützt“ liefern.

Antrag L 01-1 -05: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	Britta Litke-Skiera (OV Bremen-Nord · Nr. 2003), Thorsten Schildt (OV Bremen-West · Nr. 3703)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 54

- 53 Über unsere Ressorts hinaus haben wir eine Vielzahl von Projekten angestoßen, die
54 es ohne eine Linke in der Landesregierung nicht gäbe. Dazu zählen ~~der Fonds~~die
Wiedereinführung eines Härtefonds für
55 Energie- und Wassersperren, Doppel-Besetzungen (u.a. Erzieher*innen und
56 Sozialpädagog*innen als Zweitkräfte) an Grundschulen und die
57 Landesantidiskriminierungsstelle. Diese und viele weitere unserer Projekte, haben
58 eine Politik der sozialen Gerechtigkeit spürbar gemacht.

Begründung

Die Wiedereinführung wurde nach der Einstellung der Vorgänger zwingend notwendig und sollte daher im Leitantrag konkret benannt werden.

Antrag L 01-1 -06: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 25

14 Wir sagen ganz klar: wir wollen mehr. Deshalb erneuern wir unseren Anspruch, nicht
15 nur den Status Quo verwalten zu wollen, sondern die Zukunft aktiv zu gestalten. Wir
16 erneuern unsere Motivation, einen tatsächlichen Gegenentwurf zu den anderen
17 Parteien und zu den Scheinalternativen von Rechts zu bieten. Wir wollen, dass
18 Investitionen und Entlastungen stärker bei den Menschen und gesellschaftlichen
19 Infrastrukturen ankommen, die unter Druck stehen. Wir wollen, dass Politik wieder
20 eine positive Kraft an der Seite der Menschen ist, auf die derzeit Krisen abgeladen
21 werden, für die sie nichts können. Dass die gesellschaftlich geleistete Arbeit
22 anerkannt wird, statt kleingeredet und mit ungerechten Kürzungen konfrontiert. Wir
23 wollen eine Hoffnung organisieren, die untersetzt ist mit konkreten Verbesserungen.
24 Dabei werden wir eine starke Stimme für diejenigen sein, die viel zu oft vergessen
25 werden: Alleinerziehende, prekär ~~Beschäftigte~~ Lohnabhängige und Erwerbslose,
26 Migrant*innen, Menschen und Familien mit eher geringen Einkommen, und all die
27 anderen, die auf ein funktionierendes Gemeinwesen angewiesen sind, das ihre Rechte
28 schützt.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag L 01-1 -07: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen

Sachgebiet: L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 61 - 68

59 Trotz dieser Erfolge sind wir auch an Grenzen gestoßen. Insbesondere die laufende
60 Legislatur war von stark begrenzten finanziellen Mitteln geprägt, wesentlich durch
61 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Notlagen-Krediten und dem Diktat der
demokratie-theoretisch umstrittenen Schuldenbremse. Davon betroffen
62 waren vor allem Projekte der sozial-ökologischen Transformation, die weiterhin für
63 den Wirtschaftsstandort Bremen dringend notwendig sind. Der sozial-ökologischen
64 Transformation steht aktuell entgegen, dass mit der Zeitenwende in praktisch allen
65 Politikbereichen Rüstungslogiken Einzug gehalten und von unabsehbarer Dauer
66 Konjunktur haben. Dazu kommt die gesellschaftliche Rechtsverschiebung, die
67 Debatten- und Handlungsspielräume verengt und uns immer wieder ~~Abwehrkämpfe-~~
68 ~~abverlangt~~ in Abwehrkämpfe zwingt. Diese Umstände verlangen es, zu prüfen, ob wir in der
kommenden Legislatur mit Hinblick auf die Fraktionsstärke eine Regierungsbeteiligung als
kleinste Partei weiterhin wünschenswert halten. Denn auch für Abwehrkämpfe innerhalb
einer Koalition gibt es Grenzen für Zugeständnisse, die eine linke Partei nicht überschreiten
darf, ohne sich unglaublich zu machen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag L 01-1 -08: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 72

70 Unser Antritt für soziale Gerechtigkeit und ein Bundesland, in dem alle gut und
71 selbstbestimmt leben können - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sexualität,
72 Alter, Hautfarbe, Einkommen oder davon, ob sie ~~eine Behinderung haben~~ behindert werden -
ist einer

73 unter massiv verschärften Vorzeichen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag L 01-1 -09: Änderungsantrag zu L 01-1

Änderungsantrag zu L 01-1

Antragsteller/in:	Andreas Hein-Foge (KV Mitte-Ost LGST · Nr. 4610)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 77 - 78

74 Angesichts der teils antidemokratischen und unsozialen Entwicklungen hat der
75 Einsatz für soziale Gerechtigkeit, ein solidarisches Miteinander und Menschenrechte
76 eine besondere Dringlichkeit. Wir beantworten Krisen und Veränderungen mit linken
77 Konzepten. Mit unserer Politik wollen wir dabei helfen, diejenigen ~~entlasten und schützen, die~~
zur Gegegenwehr zu ermächtigen, die von diesen Krisen ~~am stärksten~~ betroffen sind. Damit
stellen wir uns in
79 antifaschistischer Tradition denjenigen entgegen, die meinen, mit Hetze und
80 Ausgrenzung gegen Migrant*innen, Leistungsempfänger*innen, behinderte oder queere
81 Menschen ein politisches Angebot zur Krisenbewältigung machen zu können. Bremen
82 bleibt stabil! Wir sind überzeugt davon, dass eine bessere Zukunft möglich ist. Wir
83 wollen gemeinsam eine Zukunft gestalten, die für alle da ist. Dafür setzen wir uns
84 im Kleinen wie im Großen ein: vom Zuhause, über die Quartiere, in der
85 Stadtgesellschaft bis auf Ebene des Bundeslandes.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag L 01-2 -01: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Bildung
-------------------	-------------

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 37 - 38

35 Zu einem guten Zuhause gehört auch eine lebenswerte Umgebung mit allem, was wir für
36 das tägliche Leben brauchen. Dazu gehören (bezahlbare) Supermärkte, soziale
37 Treffpunkte, gute Kitas und Schulen, Spielplätze, Jugendfreizeit- und Kultur, Freizeit- und
Aufenthaltssorte ~~auch für~~ auch für
38 ältere Menschen genauso wie die medizinische Versorgung, Beratungsangebote und der
39 Bürger-Service der Stadt. Darüber hinaus sind lebenswerte Stadtteile fit für den
40 Klimawandel, sie sind verkehrsberuhigt („Bewohnerparken“, Tempo-30-Zonen) und
41 ausgestattet mit Bäumen und Grünflächen, die bei Hitze helfen, Wohngebiete
42 abzukühlen und bei starken Regenfällen zur Versickerung beitragen („Schwammstadt“).
43 Wir denken Politik grundsätzlich von den Menschen und ihrer konkreten
44 Lebensumgebung her und wollen sie gemeinsam mit ihnen gestalten - also aus der
45 Perspektive der Stadtteile bzw. Quartiere. Konkret fordern wir eine deutliche
46 Steigerung der Finanzierung von sozialen Projekten, Begegnungs- und Beratungsorten
47 in den Stadtteilen sowie die Intensivierung des Ansatzes, Gesundheits- und
48 Hebammenzentren und kommunale MVZs (medizinische Versorgungszentren) aufzubauen.
49 Menschen sollen so die Chance erhalten, die soziale Infrastruktur der Quartiere
50 mitzugestalten - bei Nachbarschaftstreffs, Quartiers-Cafés, Jugendprojekten,
51 Sozialkaufhäusern und Serviceleistungen. Außerdem fordern wir - so wie die Berliner
52 Linke - die Etablierung von „Nachbarschaftskantinen“, in denen für kleines Geld
53 Essen aufgetischt wird.

Begründung

Kitas, Schulen und Kultur gehören zur "lebenswerten Umgebung"!

Antrag L 01-2 -02: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Bildung
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 87

- 87 ~~Gute Bildung und gute Arbeit sind die Grundlage für Vieles, aber nicht für Alles.~~
88 Wir wollen lebendige Stadtgesellschaften, mit Angeboten für Engagement, Raum für
89 Diversität und offene Debatte. In einer solidarischen Stadtgesellschaft vergessen
90 wir nie diejenigen, die am verletzlichsten sind. Denn die Stärke einer Gesellschaft
91 misst sich daran, wie sie mit den vermeintlich Schwächsten umgeht.

Begründung

Dieser Satz irritiert; er stellt einen merkwürdigen Widerspruch zwischen Arbeit/Bildung auf der einen Seite und den davon Ausgeschlossenen auf der anderen Seite her.

Antrag L 01-2 -03: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Bildung
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 66 - 71

- 60 Armut ist per se ein Problem, das gerade in reichen Ländern nicht sein muss und
61 nicht sein darf. Armut befördert Krankheit, Stigma und Isolation und beraubt damit
62 Kindern in besonderem Maße Möglichkeiten der Bildung und damit ihrer
63 Zukunftschancen. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit fangen auch beim
64 Bildungssystem an. Schon in Kitas braucht es ein gutes Angebot, das nicht nur
65 Betreuung bedeutet, sondern Lernen befördert. Deshalb wollen wir das Angebot
66 ausweiten und gerade im U-3-Bereich Plätze ausbauen und neue Zugänge schaffen. Kleinere
Kita-Gruppen ~~verkleinern, besonders in benachteiligten Stadtteilen. Die im~~
~~Schulsystem angelegte soziale Spaltung wollen wir aufheben und werden deshalb eine~~
~~Verlängerung des Schulkonsenses nicht mehr mittragen. Das Gymnasium als Ort der~~
~~Segregation läuft aus! Wir wollen Gemeinschaftsschulen, die allen Kindern gerecht~~
~~werden – egal ob hochbegabt, mit Behinderung oder geflüchtete~~ sind zudem notwendige
Voraussetzung für bessere Chancen der Kinder mit-
71 ~~Sprachförderungsbedarf – und ihrer Familien. Die im Schulsystem angelegte soziale Spaltung~~
wollen wir aufheben und werden deshalb eine Verlängerung des Schulkonsenses nicht mehr
mittragen. Das Gymnasium als Ort der Segregation läuft aus! Wir wollen inklusive
Gemeinschaftsschulen, die allen Kindern in ihrer Individualität gerecht werden - und die
damit Ausgangspunkt für ein solidarisches

72 gesellschaftliches Miteinander sind.

Begründung

inhaltliche Schärfung

Antrag L 01-2 -04: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Klima & Umwelt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 21 - 32

~~21 Wer Anspruch auf Wohngeld hat, soll nicht Monate auf Bescheide warten müssen.
22 Gleichzeitig ist das Wohngeld keine ausreichende Antwort auf die Wohnkrise. Es
23 braucht bezahlbaren Wohnraum! Dafür wollen wir den kommunalen und
24 genossenschaftlichen Wohnungsbau deutlich stärken und Sozialwohnungen gerecht in
25 die Stadtteile verteilen, denn Wohnraum muss der Profitlogik des Marktes entzogen
26 werden! Das Gleiche gilt für Grund und Boden - Schluss mit dem Verkauf öffentlicher
27 Flächen! Wir fordern einen Veräußerungsstopp und die Vergabe in Erbpacht, um
28 Bodenspekulation, Brachflächen, steigende Boden- und damit auch Wohnpreise zu
29 verhindern und die öffentliche Kontrolle über die Stadtentwicklung zu behalten.
30 Außerdem müssen wir uns Wohnraum wieder öffentlich aneignen etwa durch die Nutzung
31 von kommunalen Vorkaufsrechten. Für private Eigentümer und Vermieter wollen wir,
32 dass der Abschied von fossilen Energieträgern sozialverträglich gestaltet wird.~~

Wer Anspruch auf Wohngeld hat, soll nicht Monate auf Bescheide warten müssen. Gleichzeitig ist das Wohngeld keine ausreichende Antwort auf die Wohnkrise. Es braucht bezahlbaren Wohnraum! Dafür wollen wir den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau deutlich stärken und Sozialwohnungen gerecht in die Stadtteile verteilen, denn Wohnraum muss der Profitlogik des Marktes entzogen werden! Das Gleiche gilt für Grund und Boden - Schluss mit dem Verkauf öffentlicher Flächen! Wir fordern einen Veräußerungsstopp und die Vergabe in Erbpacht, um Bodenspekulation, Brachflächen, steigende Boden- und damit auch Wohnpreise zu verhindern und die öffentliche Kontrolle über die Stadtentwicklung zu behalten. Außerdem müssen wir uns Wohnraum wieder öffentlich aneignen etwa durch die Nutzung von kommunalen Vorkaufsrechten. Darüber hinaus machen wir uns für den Abschied von fossilen Energieträgern stark. Wir unterstützen nicht nur den Ausbau kommunaler Fernwärme aus möglichst nachhaltigen Quellen, sondern auch die Förderung genossenschaftlich und öffentlich organisierter kalter Nahwärmenetze (Erdwärme). Zudem

wollen wir Dämmung, Dachsanierung und Dachbegrünung voranbringen. Damit diese und weitere Maßnahmen nicht zu einer abermaligen Mietenexplosion führen, werden wir auf Landes- und Bundesebene unverändert für die Abschaffung der Modernisierungsumlage sowie zur Einführung eines tragfähigen Konzeptes zur Warmmietenneutralität streiten (wonach die Kaltmiete nur soweit steigen darf, wie dies durch Einsparungen bei den Heizkosten infolge von Dämmung und/oder nicht-fossiler Heizungs- bzw. Energiequellen ausgeglichen werden kann).

Zeile 40 - 41

- 35 Zu einem guten Zuhause gehört auch eine lebenswerte Umgebung mit allem, was wir für
36 das tägliche Leben brauchen. Dazu gehören (bezahlbare) Supermärkte, soziale
37 Treffpunkte, Spielplätze, Jugendfreizeit und Freizeit- und Aufenthaltsorte auch für
38 ältere Menschen genauso wie die medizinische Versorgung, Beratungsangebote und der
39 Bürger-Service der Stadt. Darüber hinaus sind lebenswerte Stadtteile fit für den
40 Klimawandel zu machen, sie sind verkehrsberuhigt („Bewohnerparken“, Tempo-30-Zonen) und
41 ausgestattet unter anderem mit Bäumen und Grünflächen, Wasserspielen und Trinkbrunnen,
Kaltluftschneisen und Entsiegelungsprojekten zu gestalten - also mit Maßnahmen, die bei
Hitze helfen, Wohngebiete
42 abzukühlen und bei starken Regenfällen zur Versickerung beitragen („Schwammstadt“).
43 Wir denken Politik grundsätzlich von den Menschen und ihrer konkreten
44 Lebensumgebung her und wollen sie gemeinsam mit ihnen gestalten - also aus der
45 Perspektive der Stadtteile bzw. Quartiere. Konkret fordern wir eine deutliche
46 Steigerung der Finanzierung von sozialen Projekten, Begegnungs- und Beratungsorten
47 in den Stadtteilen sowie die Intensivierung des Ansatzes, Gesundheits- und
48 Hebammenzentren und kommunale MVZs (medizinische Versorgungszentren) aufzubauen.
49 Menschen sollen so die Chance erhalten, die soziale Infrastruktur der Quartiere
50 mitzugestalten - bei Nachbarschaftstreffs, Quartiers-Cafés, Jugendprojekten,
51 Sozialkaufhäusern und Serviceleistungen. Außerdem fordern wir - so wie die Berliner
52 Linke - die Etablierung von „Nachbarschaftskantinen“, in denen für kleines Geld
53 Essen aufgetischt wird.

Begründung

Auf den beiden letzten Parteitag (vor allem dem vorletzten) wurde in mehreren Anträgen ein starker Fokus auf die sozial-ökologische Frage beschlossen. In diesem Sinne haben wir versucht, die sozial-ökologische Handschrift im vorgeschlagenen Leitantrag etwas stärker sichtbar zu machen. Einerseits, weil wir von der inhaltlichen Notwendigkeit überzeugt sind (auch und gerade im Bereich "Wohnen"), andererseits, weil wir glauben, dass wir dadurch keine Wähler:innen verlieren werden, uns aber im progressiven bzw. linken Pol der Gesellschaft (und somit des Wähler:innenspektrums) positiv profilieren können. Insofern ist uns durchaus bewusst, dass der Leitantrag durch unsere Änderungsanträge etwas länger wird, finden das aber inhaltlich und strategisch gerechtfertigt. In gewisser Weise glauben wir, die Kommentare in der interessierten

(medialen) Öffentlichkeit schon hören zu können, die die ökologische Schärfung im Programm der Bremer Linken bemerken werden - hoffentlich mit dem positiven Nebeneffekt, dass sich unsere Mitbewerber ebenfalls deutlicher positionieren müssen, als das derzeit üblich ist.

Antrag L 01-2 -05: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	Jens Hurling (KV Links der Weser · Nr. 5606)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 37 - 51

- 35 Zu einem guten Zuhause gehört auch eine lebenswerte Umgebung mit allem, was wir für
36 das tägliche Leben brauchen. Dazu gehören (bezahlbare) Supermärkte, soziale
37 Treffpunkte, Spielplätze, Jugendfreizeit und Freizeit- und konsumfreie Aufenthaltsorte auch für

38 ältere Menschen genauso wie die medizinische Versorgung, Beratungsangebote und der
39 Bürger-Service der Stadt. Darüber hinaus sind lebenswerte Stadtteile fit für den
40 Klimawandel, sie sind verkehrsberuhigt („Bewohnerparken“, Tempo-30-Zonen) und
41 ausgestattet mit Bäumen und Grünflächen, die bei Hitze helfen, Wohngebiete
42 abzukühlen und bei starken Regenfällen zur Versickerung beitragen („Schwammstadt“).
43 Wir denken Politik grundsätzlich von den Menschen und ihrer konkreten
44 Lebensumgebung her und wollen sie gemeinsam mit ihnen gestalten - also aus der
45 Perspektive der Stadtteile bzw. Quartiere. Eine linke Stadtentwicklung muss den Alltag der
Sorgearbeit zum Ausgangspunkt nehmen. Noch immer werden Städte zu oft für Erwerbswege,
Autoverkehr und Verwertung geplant, während unbezahlte und schlecht bezahlte Sorgearbeit
unsichtbar bleibt. Eine menschenzentrierte und feministische Stadtentwicklung heißt
deshalb: kurze Wege zwischen Wohnen, Kita, Schule, Pflege, Einkauf, Gesundheit, Beratung
und Erholung, gut erreichbare öffentliche Orte, möglichst angstfreie und offene Räume,
barrierearme Mobilität, zugängliche Toiletten, Sitzgelegenheiten sowie Räume, die Begegnung
ermöglichen statt Vereinzelung zu fördern. Gerade in Stadtteilen, in denen vielen Menschen
in kleinen Wohnungen leben, braucht es Raum für Begegnung, Erholung, Bildung, politische
Teilhabe und gemeinsames Leben jenseits der eigenen vier Wände. Konkret fordern wir eine
deutliche
46 Steigerung der Finanzierung von sozialen Projekten, Begegnungs- und Beratungsorten
47 in den Stadtteilen sowie die Intensivierung des Ansatzes, Gesundheits- und
48 Hebammenzentren und kommunale MVZs (medizinische Versorgungszentren) aufzubauen.
49 Menschen sollen so die Chance erhalten, die soziale Infrastruktur der Quartiere
50 mitzugestalten - bei Nachbarschaftstreffs, Quartiers-Cafés, Jugendprojekten,
51 Sozialkaufhäusern und Serviceleistungen. Ein Weg können Bürger*innenräte oder

Quartiersräte mit Beschlussrechten sein, die bei der Umgestaltung von Plätzen, Straßenräumen oder Grünflächen Änderungsaufträge geben können, eng angedockt an stärkere Beiräte. Außerdem fordern wir - so wie die Berliner

- 52 Linke - die Etablierung von „Nachbarschaftskantinen“, in denen für kleines Geld
53 Essen aufgetischt wird.

Begründung

Mitgestaltung reicht nicht, linke Stadtpolitik muss Entscheidung, also Macht, umverteilen. Und: Schon klar, dass der Leitantrag kein Wahlprogramm ist, aber die kurzen Wege haben mir gefehlt und feministische Stadtplanung/-entwicklung kam gar nicht vor. Eine solidarische Stadt misst sich ja auch daran, ob sie Sorgearbeit sichtbar macht, Wege verkürzt und öffentliche Räume schafft, in denen Menschen gut leben und nicht nur funktionieren können.

Antrag L 01-2 -06: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 79 - 80

- 79 Auch in Zeiten der Transformation müssen ~~Beschäftigte~~Lohnabhängige abgesichert sein. Wenn
sich
80 Anforderungen an ~~Beschäftigte~~Lohnabhängige verändern oder der Arbeitskräftebedarf sinkt,
müssen
81 Unternehmen passende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote bereitstellen und
82 finanzieren, gegebenenfalls auch für Tätigkeiten in anderen Bereichen. Das Land hat
83 hier eine Steuerungs- und Gewährleistungsverantwortung. Gute Arbeit braucht
84 außerdem gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Dafür wollen das Tariftreue- und
85 Vergabegesetz ausweiten, sodass zum Beispiel in der Kulturbranche Basishonorare
86 gelten.

Begründung

erfolgt mündlich-

Antrag L 01-2 -07: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 60 - 61

- 60 Armut ist auf dieser Welt per se ~~ein Problem, das gerade in reichen Ländern nicht sein muss-~~
~~und-~~
61 ~~nicht sein darf~~ nicht mehr nötig. Armut befördert Krankheit, Stigma und Isolation und beraubt
damit
62 Kindern in besonderem Maße Möglichkeiten der Bildung und damit ihrer
63 Zukunftschancen. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit fangen auch beim
64 Bildungssystem an. Schon in Kitas braucht es ein gutes Angebot, das nicht nur
65 Betreuung bedeutet, sondern Lernen befördert. Deshalb wollen wir das Angebot
66 ausweiten und Gruppen verkleinern, besonders in benachteiligten Stadtteilen. Die im
67 Schulsystem angelegte soziale Spaltung wollen wir aufheben und werden deshalb eine
68 Verlängerung des Schulkonsenses nicht mehr mittragen. Das Gymnasium als Ort der
69 Segregation läuft aus! Wir wollen Gemeinschaftsschulen, die allen Kindern gerecht
70 werden - egal ob hochbegabt, mit Behinderung oder geflüchtete Kinder mit
71 Sprachförderungsbedarf - und die damit Ausgangspunkt für ein solidarisches
72 gesellschaftliches Miteinander sind.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L 01-2 -08: Änderungsantrag zu L 01-2

Änderungsantrag zu L 01-2

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 71

60 Armut ist per se ein Problem, das gerade in reichen Ländern nicht sein muss und
61 nicht sein darf. Armut befördert Krankheit, Stigma und Isolation und beraubt damit
62 Kindern in besonderem Maße Möglichkeiten der Bildung und damit ihrer
63 Zukunftschancen. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit fangen auch beim
64 Bildungssystem an. Schon in KITAS braucht es ein gutes Angebot, das nicht nur
65 Betreuung bedeutet, sondern Lernen befördert. Deshalb wollen wir das Angebot
66 ausweiten und Gruppen verkleinern, besonders in benachteiligten Stadtteilen. Die im
67 Schulsystem angelegte soziale Spaltung wollen wir aufheben und werden deshalb eine
68 Verlängerung des Schulkonsenses nicht mehr mittragen. Das Gymnasium als Ort der
69 Segregation läuft aus! Wir wollen Gemeinschaftsschulen, die allen Kindern gerecht
70 werden - egal ob hochbegabt, mit Behinderung oder geflüchtete Kinder mit
71 ~~Sprachförderungsbedarf~~ Bedarf, Deutsch als Fremdsprache lernen zu müssen - und die damit
Ausgangspunkt für ein solidarisches
72 gesellschaftliches Miteinander sind.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L 01-3 -01: Änderungsantrag zu L 01-3

Änderungsantrag zu L 01-3

Antragsteller/in:	LAG Klima & Umwelt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 2

2 Zu einem guten Leben gehören gute ~~und~~, sichere und ökologisch nachhaltige Arbeitsplätze.
Bremen und Bremerhaven
3 sind wirtschaftlich geprägt durch die Häfen, Industrie, Windenergie und Logistik.
4 Wir wollen diese wirtschaftliche Basis und deren Entwicklung nicht dem Markt
5 überlassen, sondern demokratisch gestalten. Das bedeutet für uns: Nicht nur Anreize
6 schaffen und hoffen, dass die Privatwirtschaft es macht, wie wir es uns wünschen.
7 Wir wollen das Land als eigenständigen wirtschaftlichen Akteur verstehen - mit
8 starken öffentlichen Unternehmen etwa in Versorgung, Energie, Logistik, Wohnen und
9 Bau.

Zeile 13 - 21

- 10 Wir kämpfen an der Seite der Beschäftigten. Wir wollen die Tarifbindung erhöhen,
11 Mitbestimmung stärken und damit bessere Löhne und sichere Arbeitsplätze
12 durchsetzen. Stahlindustrie und Hafenarbeit stehen vor erheblichen Veränderungen.
13 Wir kämpfen dafür, dass die wirtschaftliche, technologische und ökologische Transformation
dieser Branchen nicht zulasten derer
14 geht, die sie tragen. Automatisierung im Hafen muss zu Entlastung, nicht zu
15 Entlassungen führen - das muss auch der Grundsatz öffentlicher Förderung sein. Wir
16 wollen den Gesamthafenbetrieb absichern und weiterhin für verlässliche Arbeit im
17 Hafen sorgen. Darüber hinaus darf es bei der Ansiedlung und Entwicklung von Gewerbe
18 nicht alleine um die erwartete Wirtschaftskraft gehen - entscheidend sind
19 ökologische Nachhaltigkeit, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. ~~Wir wollen Bremen~~
20 ~~und Bremerhaven nicht abhängig machen von der Rüstungskonjunktur. Deshalb~~
Beispielsweise setzen
21 wir uns für klimaneutrale Terminals im Hafen sowie Forschungsförderung im Bereich
Klimaschutz ein. Wir wollen Bremen und Bremerhaven nicht abhängig machen von der
Rüstungskonjunktur. Deshalb zielen wir weiter auf Diversifizierung, auf eine vielfältige
Wirtschaftsförderung, auf
22 mehr Unterstützung für Startups in der Gründungs- und gerade in der Aufbauphase.

Zeile 42

- 36 Wir finden: es gibt gute Gründe dafür, dass eine positive Zukunft für Bremen und
37 Bremerhaven möglich ist. Aber das muss politisch gewollt und organisiert werden,
38 und die Handlungsspielräume dafür müssen immer wieder erkämpft werden. Wir wollen
39 die Rekommunalisierung von Wohnungen, Netzen und Versorgern weiter vorantreiben: um
40 Energie- und Wärmewende gestalten zu können und um sogenannte „Rentenprofite“
41 zurückzudrängen, die durch private Monopolstellungen erpresst werden. Wir wollen
42 Bremen und Bremerhaven zu Standorten günstiger und sauberer Energie machen. ~~Wir -~~
inklusive des Ausbaus von Speicherkapazitäten. Wir
43 wollen die Krankenhauslandschaft zukunftsfähig aufstellen, mit einem starken
44 kommunalen Klinikkonzern als Zentrum. Finanzielle Spielräume wollen wir langfristig
45 erweitern, indem wir die Möglichkeit der Klima-Notlage nutzen, die Rolle
46 öffentlicher Gesellschaften ausbauen, die Grunderwerbsteuer progressiv gestalten
47 sowie die Zahl der Betriebsprüfungen erhöhen. Außerdem wollen wir uns im Bundesrat
48 für die Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer einsetzen.

Begründung

Auf den beiden letzten Parteitag (vor allem dem vorletzten) wurde in mehreren Anträgen ein starker Fokus auf die sozial-ökologische Frage beschlossen. In diesem Sinne haben wir versucht, die sozial-ökologische Handschrift im vorgeschlagenen Leitantrag etwas stärker sichtbar zu machen. Einerseits, weil wir von der inhaltlichen Notwendigkeit überzeugt sind (auch und gerade im Bereich "Wohnen"), andererseits, weil wir glauben, dass wir dadurch keine Wähler:innen

verlieren werden, uns aber im progressiven bzw. linken Pol der Gesellschaft (und somit des Wähler:innenspektrums) positiv profilieren können. Insofern ist uns durchaus bewusst, dass der Leitantrag durch unsere Änderungsanträge etwas länger wird, finden das aber inhaltlich und strategisch gerechtfertigt. In gewisser Weise glauben wir, die Kommentare in der interessierten (medialen) Öffentlichkeit schon hören zu können, die die ökologische Schärfung im Programm der Bremer Linken bemerken werden - hoffentlich mit dem positiven Nebeneffekt, dass sich unsere Mitbewerber ebenfalls deutlicher positionieren müssen, als das derzeit üblich ist.

Antrag L 01-3 -02: Änderungsantrag zu L 01-3

Änderungsantrag zu L 01-3

Antragsteller/in:	Solveig Brandt (Linksjugend · Nr. 6002)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 73

71 Bei der vergangenen Bürgerschaftswahl hat unsere Jugendorganisation Linksjugend
72 [’solid] an verschiedene erfolgreiche Jugendwahlkampagnen angeknüpft und dabei
73 mit Dariush Hassanpour einen Rekord erzielt. Noch nie konnte ein*e Jugendkandidat*in so
viele Stimmen bei
74 einer Bürgerschaftswahl erzielen. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen, von den
75 Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe profitieren und das Ergebnis weiter ausbauen.

76 Gerade in der heutigen Zeit gilt: Junge Menschen sind die Zukunft, und sie sind von
77 vielen Seiten besonderen Herausforderungen ausgesetzt: Klimakatastrophen, neue
78 Wehrpflicht, Kriege und der Rechtsruck sind eine schwere Hypothek auf die Zukunft.
79 Wir wollen Perspektiven mit jungen Menschen schaffen, das Leben in Bremen und
80 Bremerhaven zum Besseren zu gestalten.

Zeile 82

81 Wir unterstützen, dass die Linksjugend [’solid] zur Bürgerschaftswahl wieder eine
82 Jugendwahlkampagne plant. Die dafür angestrebte Jugendkandidatur von Solveig Brandt
begrüßen wir und
83 schlagen vor, diese auf einem der ersten 12 Plätze zu positionieren. Die
84 Jugendkampagne wird auch bei der finanziellen Planung des Wahlkampfs berücksichtigt
85 werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L 01-3 -03: Änderungsantrag zu L 01-3

Änderungsantrag zu L 01-3

Antragsteller/in:	Dmitri Zelenin (KV Links der Weser · Nr. 5616), Sofia Heuser (OV Bremen-West · Nr. 3004), Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 5610)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 69

51 Wir haben bei den vergangenen Wahlen mit einem starken Team gepunktet und werden
52 das wieder tun. Wir setzen dabei an unserer Spitze gleichzeitig auf Erneuerung und
53 Kontinuität und nominieren für die Aufstellungsversammlung als Spitzenkandidatin
54 Sofia Leonidakis, und für die Plätze 2, 3 und 4 Claudia Bernhard, Kristina Vogt und
55 Nelson Janßen. Nach 16 für unsere Partei sowie für Bremen und Bremerhaven sehr
56 prägenden und erfolgreichen Jahren und vier Wahlkämpfen als Spitzenkandidatin
57 übergibt Kristina Vogt damit den Staffelnstab an Sofia Leonidakis. Sofia hat in den
58 vergangenen zwei Legislaturperioden Seite an Seite mit Nelson Janßen als
59 Fraktionsvorsitzende bewiesen, dass sie wie eine Löwin für soziale Gerechtigkeit
60 einsteht - egal, ob es um soziale Einrichtungen, die Wohnbedingungen von
61 Mieter*innen in Schrottimmobilien oder den Kampf gegen Rechts geht. Gemeinsam mit
62 den beiden Senatorinnen Kristina Vogt und Claudia Bernhard, die mit ihrer Kompetenz
63 und Erfahrung weiter zur Verfügung stehen, stellen wir damit drei sehr profilierte
64 und angesehene Frauen an unsere Spitze. Kristina Vogt und Claudia Bernhard haben
65 als erste Senatorinnen in einem westdeutschen Bundesland bewiesen, wie anerkannte
66 erfolgreiche linke Regierungsarbeit funktioniert. Das Quartett an der Spitze wird
67 komplettiert mit Nelson Janßen, der sich in den vergangenen Jahren als
68 vermittelnder, positionierter und fachpolitisch versierter Ko-Fraktionsvorsitzender
69 bewiesen hat.

Uns ist klar: schlagkräftig, entschlossen und erfolgreich für unsere Überzeugungen streiten können unsere Spitzenkandidat*innen nicht allein. Dafür braucht es die ganze Partei. Gemeinsam können wir unser volles Potential einbringen, wenn Transparenz über Strategie und Entscheidungen in Fraktion und Regierung besteht und wenn Ideen, Probleme aber auch Kritik aus der Mitgliedschaft offene Ohren bei unseren Mandatsträger*innen finden. Als Linke in Bremen und Bremerhaven ist eine solche aktive Rückbindung zwischen Mandatsträger*innen, Parteigremien und -basis unser politischer Anspruch. Auch nach dem Wahlkampf tragen alle unsere Spitzenkandidat*innen hierfür eine besondere Verantwortung. Wir erwarten von den Mitgliedern unseres Spitzenteams, dass sie die Partei auch inhaltlich

repräsentieren, und somit unsere Grundsätze sowie Parteitagsbeschlüsse zur Grundlage ihres parlamentarischen und Regierungshandelns machen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L 01-3 -04: Änderungsantrag zu L 01-3

Änderungsantrag zu L 01-3

Antragsteller/in:	Dmitri Zelenin (KV Links der Weser · Nr. 5616), Sofia Heuser (OV Bremen-West · Nr. 3004), Felix Pithan (KV Links der Weser · Nr. 5610)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 85

- 81 Wir unterstützen, dass die Linksjugend [’solid] zur Bürgerschaftswahl wieder eine
82 Jugendwahlkampagne plant. Die dafür angestrebte Jugendkandidatur begrüßen wir und
83 schlagen vor, diese auf einem der ersten 12 Plätze zu positionieren. Die
84 Jugendkampagne wird auch bei der finanziellen Planung des Wahlkampfs berücksichtigt
85 werden.

Für ein Spitzenergebnis: die ganze Partei mobilisieren

Die Bundestagswahl hat uns gezeigt, wie erfolgreich wir sein können, wenn starke Personen an der Spitze von einer breiten Mobilisierung der Mitgliedschaft getragen werden. Darauf wollen wir bei der Bürgerschaftswahl und in den kommenden vier Jahren aufbauen. Wir wollen weiter mehr werden und bis zur Wahl 2.500 Mitglieder stark sein, im Zuge des Wahlkampfs an Tausende Haustüren klopfen und im Zusammenspiel von Regierung, Parlament und gesellschaftlichen Mobilisierungen dafür sorgen, dass Bremen und Bremerhaven gerechter werden. Dazu brauchen wir eine enge strategische Abstimmung zwischen Partei, Fraktion und Regierung. Der Umsetzung linker Visionen in Regierungshandeln stehen zahlreiche Hürden von widrigen Kräfteverhältnissen bis zu knappen Finanzen im Weg - diese zu überwinden braucht unsere gemeinsame Anstrengung und Mobilisierung.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L 01-3 -05: Änderungsantrag zu L 01-3

Änderungsantrag zu L 01-3

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 10

- 10 Wir kämpfen an der Seite der ~~Beschäftigten~~Lohnabhängigen. Wir wollen die Tarifbindung erhöhen,
- 11 Mitbestimmung stärken und damit bessere Löhne und sichere Arbeitsplätze
- 12 durchsetzen. Stahlindustrie und Hafenarbeit stehen vor erheblichen Veränderungen.
- 13 Wir kämpfen dafür, dass die Transformation dieser Branchen nicht zulasten derer
- 14 geht, die sie tragen. Automatisierung im Hafen muss zu Entlastung, nicht zu
- 15 Entlassungen führen - das muss auch der Grundsatz öffentlicher Förderung sein. Wir
- 16 wollen den Gesamthafenbetrieb absichern und weiterhin für verlässliche Arbeit im
- 17 Hafen sorgen. Darüber hinaus darf es bei der Ansiedlung und Entwicklung von Gewerbe
- 18 nicht alleine um die erwartete Wirtschaftskraft gehen - entscheidend sind
- 19 ökologische Nachhaltigkeit, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. Wir wollen Bremen
- 20 und Bremerhaven nicht abhängig machen von der Rüstungskonjunktur. Deshalb setzen
- 21 wir weiter auf Diversifizierung, auf eine vielfältige Wirtschaftsförderung, auf
- 22 mehr Unterstützung für Startups in der Gründungs- und gerade in der Aufbauphase.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag L 01-3 -06: Änderungsantrag zu L 01-3

Änderungsantrag zu L 01-3

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 20 - 22

- 10 Wir kämpfen an der Seite der Beschäftigten. Wir wollen die Tarifbindung erhöhen,
11 Mitbestimmung stärken und damit bessere Löhne und sichere Arbeitsplätze
12 durchsetzen. Stahlindustrie und Hafenarbeit stehen vor erheblichen Veränderungen.
13 Wir kämpfen dafür, dass die Transformation dieser Branchen nicht zulasten derer
14 geht, die sie tragen. Automatisierung im Hafen muss zu Entlastung, nicht zu
15 Entlassungen führen - das muss auch der Grundsatz öffentlicher Förderung sein. Wir
16 wollen den Gesamthafenbetrieb absichern und weiterhin für verlässliche Arbeit im
17 Hafen sorgen. Darüber hinaus darf es bei der Ansiedlung und Entwicklung von Gewerbe
18 nicht alleine um die erwartete Wirtschaftskraft gehen - entscheidend sind
19 ökologische Nachhaltigkeit, Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. Wir wollen Bremen
20 und Bremerhaven nicht noch stärker vom militärisch-industriellen Komplex abhängig
21 machen ~~von der Rüstungskonjunktur. Deshalb~~, sondern arbeiten perspektivisch an der
22 sozialverträglichen Reduzierung von Rüstungsbetrieben. Auch deshalb setzen
wir weiter auf Konversion und Diversifizierung, auf eine vielfältige Wirtschaftsförderung, auf
mehr Unterstützung für gesellschaftlich sinnvolle Startups in der Gründungs- und gerade in
der Aufbauphase.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L 01-3 -07: Änderungsantrag zu L 01-3

Änderungsantrag zu L 01-3

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 49 - 50

- 49 ~~Unser Personalvorschlag für die Spitze: Erneuerung, Kontinuität und~~
geballte Kompetenz

Zeile 51 - 69

- 51 ~~Wir haben bei den vergangenen Wahlen mit einem starken Team gepunktet und werden~~
52 ~~das wieder tun. Wir setzen dabei an unserer Spitze gleichzeitig auf Erneuerung und~~
53 ~~Kontinuität und nominieren für die Aufstellungsversammlung als Spitzenkandidatin~~
54 ~~Sofia Leonidakis, und für die Plätze 2, 3 und 4 Claudia Bernhard, Kristina Vogt und~~

~~Nelson Janßen. Nach 16 für unsere Partei sowie für Bremen und Bremerhaven sehr prägenden und erfolgreichen Jahren und vier Wahlkämpfen als Spitzenkandidatin übergibt Kristina Vogt damit den Staffelstab an Sofia Leonidakis. Sofia hat in den vergangenen zwei Legislaturperioden Seite an Seite mit Nelson Janßen als Fraktionsvorsitzende bewiesen, dass sie wie eine Löwin für soziale Gerechtigkeit einsteht – egal, ob es um soziale Einrichtungen, die Wohnbedingungen von Mieter*innen in Schrottimmobilien oder den Kampf gegen Rechts geht. Gemeinsam mit den beiden Senatorinnen Kristina Vogt und Claudia Bernhard, die mit ihrer Kompetenz und Erfahrung weiter zur Verfügung stehen, stellen wir damit drei sehr profilierte und angesehene Frauen an unsere Spitze. Kristina Vogt und Claudia Bernhard haben als erste Senatorinnen in einem westdeutschen Bundesland bewiesen, wie anerkannte erfolgreiche linke Regierungsarbeit funktioniert. Das Quartett an der Spitze wird komplettiert mit Nelson Janßen, der sich in den vergangenen Jahren als vermittelnder, positionierter und fachpolitisch versierter Ko-Fraktionsvorsitzender bewiesen hat.~~

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 15 -01: Änderungsantrag zu A 15

Änderungsantrag zu A 15

Antragsteller/in:	Anna Fischer (OV Bremen-West · Nr. 3005)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 5

- Der Parteitag beschließt die Überweisung des Antrags an den Landesvorstand und den Programmprozess:
- In Zeiten des Rechtsrucks und der immer stärker werdenden sozialen Ungerechtigkeit
- in unserer Gesellschaft stehen wir vor einer der wichtigsten Wahlen seit
- Langem. Darum ist es umso wichtiger, geschlossen, voller Kraft, aber auch selbst
- reflektiert in den anstehenden Wahlkampf zu starten. Deshalb möchten wir als
- Linksjugend ~~['solid']~~['solid'] Bremen, basierend auf aktuellen Themen der Landespolitik sowie
- vergangenen Fehltritten, im Folgenden rote Linien für eine neue
- Regierungsbeteiligung definieren. Diese sollen unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den
- Menschen im Land, die wir auffordern, uns zu wählen, stärken und gleichzeitig
- unseren moralischen Anspruch an uns selbst, Politik für alle Menschen zu machen,

10 sichern.

Begründung

Technisch ist das vermutlich nicht so richtig gut gelöst und eigentlich ist das ein Geschäftsordnungsantrag.

Trotzdem hier schon einmal vorab und die dazu gehörende Begründung:

Als Linke ist uns klare Haltung und ein gut ausgerichteter moralischer und politischer Kompass wichtig. Wir orientieren uns an unseren Überzeugungen und nicht opportunistisch daran, wie der politische Wind gerade steht. Deshalb ist es richtig, sich Gedanken darüber zu machen, was Grenzen unserer Kompromissfähigkeit sind. Trotzdem hat dieser Antrag einige Schwierigkeiten:

1. Formuliert er zu einem sehr frühen Zeitpunkt wichtige Richtungsentscheidungen. Ohne die Möglichkeit, ausführlicher zu diskutieren, bei welchen Themen wir Grenzen der Kompromissfähigkeit erreicht haben, kann ein solcher Beschluss nur unvollständig sein. Daher ist es sinnvoll, solche Priorisierungen erst nach einem Programm-Prozess festzulegen.
2. Rote Linien sind defensiv. Sie machen zudem allen anderen klar, was nicht zu unseren Kernpunkten gehört – wir signalisieren damit gleichzeitig, was wir ggf. aufgeben würden. Das ist ungünstig. Wir sollten auch nach Vorne denken: was muss es für uns geben? Was sind für uns politisch Projekte, die nachhaltige Verbesserungen bringen und für uns identitätsstiftend und politisch bedeutsam sind?
3. Die öffentliche Formulierung Roter Linien birgt die Gefahr, nichts zu bekommen außer die Vermeidung des Schlimmsten.

Antrag A 15 -02: Änderungsantrag zu A 15

Änderungsantrag zu A 15

Antragsteller/in:	Anna Fischer (OV Bremen-West · Nr. 3005)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 10

- 1 Titel ersetzen: Grundsätzliche Anforderungen für die nächste Legislaturperiode
- 2 In Zeiten des Rechtsrucks und der immer stärker werdenden sozialen Ungerechtigkeit
- 3 in unserer Gesellschaft stehen wir vor einer der wichtigsten Wahlen seit Langem.
- 4 Darum ist es umso wichtiger, geschlossen, voller Kraft, aber auch selbst
- 5 reflektiert in den anstehenden Wahlkampf zu starten. ~~Deshalb möchten wir als~~
- 6 ~~Linksjugend [solid] Bremen, basierend auf aktuellen Themen der Landespolitik sowie~~

- 7 ~~vergangenen Fehlritten, im Folgenden rote Linien für~~ Für die Erstellung des Wahlprogramms
und eine ~~neupotentielle~~
8 Regierungsbeteiligung ~~definieren~~, gibt es für uns deshalb einige Orientierungslinien
basierend auf aktuellen Themen der Landespolitik. Diese sollen unsere Glaubwürdigkeit
9 gegenüber den
10 Menschen im Land, die wir auffordern, uns zu wählen, stärken und gleichzeitig
11 unseren moralischen Anspruch an uns selbst, Politik für alle Menschen zu machen,
sichern. Diese Orientierungslinien sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht vollständig - sie
reflektieren einen Diskussionsstand in einem frühen Stadium des Wahlprogramm-Prozess.

Zeile 11 - 18

- 11 • ~~Ein Stopp aller Abschiebungen aus dem Land Bremen. Abschiebungen stellen einen~~
12 ~~grundsätzlichen Bruch mit linken Grundsätzen und unserem eigenen~~
13 ~~Parteiprogramm dar. „Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und~~
14 ~~politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben~~
15 ~~werden. Wir fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen~~
16 ~~gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, jede Form von~~
17 ~~Sondergesetzen wie die Residenzpflicht sowie gegen Sammellager.“ —~~
18 ~~Grundsatzprogramm Die Linke~~
- Wir stehen für eine humanitäre Migrationspolitik. Das heißt für uns, alle rechtlichen
Spielräume auszuschöpfen, um Abschiebungen zu verhindern und stattdessen Aufenthalte
zu legalisieren und Bleibeperspektiven zu ermöglichen. Wir lehnen Abschiebungen
grundsätzlich ab – so auch in unserem Parteiprogramm: „Menschen, die vor
Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen
nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir fordern die Wiederherstellung des
Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen
Abschiebungen, jede Form von Sondergesetzen wie die Residenzpflicht sowie gegen
Sammellager.“ – Grundsatzprogramm Die Linke

Zeile 34 - 39

- 31 • (Jugend-)Kultureinrichtungen sowie soziale Hilfsprogramme, unter anderem zur
32 Unterstützung obdachloser Menschen, dürfen nicht gekürzt oder gestrichen
33 werden. Stattdessen sollte ein Ausbau angestrebt werden. Dasselbe gilt für
34 bildungspolitische Programme. ~~Die junge Generation wurde bereits durch die Corona-~~
35 ~~Pandemie und die Wiedereinführung der Wehrpflicht unverhältnismäßig stark belastet.~~
36 ~~Aufgrund des demografischen Wandels besitzt sie im Parlamentarismus kaum politische~~
37 ~~Mehrheiten. Deshalb muss es unsere Aufgabe als linke Kraft sein, gerade junge Menschen~~
38 ~~zu repräsentieren und sie als mehr anzusehen als bloße „Nachwuchsarbeitskräfte“.~~
39

Zeile 42 - 44

- 40 • Auch mit Blick auf die sich kontinuierlich zuspitzende Klimakrise müssen

41 verkehrspolitische Entscheidungen stets den ÖPNV sowie platzsparende und
42 klimafreundliche Formen des Individualverkehrs gegenüber dem Auto fördern. ~~In diesem~~
43 ~~Zuge darf sich das Deutschlandticket für Bremer*innen auch ab 2027, entgegen bisheriger~~
44 ~~Planungen, nicht bedarfsweise verteuern.~~ Mobilität ist ein
45 essenzieller Bestandteil, um am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen zu
46 können. Es darf nicht sein, dass sich immer weniger Menschen gesellschaftliche
47 Teilhabe leisten können.

Zeile 55 - 61

55 ~~Mit Nachdruck möchten wir mit diesem Antrag die zukünftigen Mandatsträger*innen~~
56 ~~darum bitten, diese Linien nicht zu überschreiten. Wir erkennen die Relevanz von~~
57 ~~Kompromissen innerhalb einer Regierungsbeteiligung an. Dennoch dürfen sich diese~~
58 ~~niemals gegen den Kern unserer moralischen Selbstvorstellung richten. Sollten~~
59 ~~Entscheidungen beschlossen werden, die diesen Grundsätzen entgegenlaufen, ist es~~
60 ~~die Pflicht einer linken Fraktion, insbesondere in Regierungsverantwortung,~~
61 ~~entschlossen zu bleiben~~

Begründung

Titel kann in OpenSlides nicht geändert werden - daher einmal hier angemerkt. Die Intention ist, den Titel zu ersetzen.

Wir sind viel zu früh im Diskussionsprozess, um schon abschließende Orientierungslinien zu formulieren, geschweige denn rote Linien. Daher müssen wir das entsprechend einordnen. Die Formulierung roter Linien ist schwierig, weil wir defensiv damit aufzeigen, was wir nicht wollen, aber nicht was wir wollen bzw. bei allem anderen signalisieren, dass wir im Zweifel bereit sind diese Punkte aufzugeben.

Außerdem gibt es ein paar inhaltliche Punkte im Antrag, bei denen wir Hürden formulieren, die in dieser Absolutheit eine direkte Absage an eine Regierungsbeteiligung sind bzw. die an anderen Stellen zu unscharf formuliert sind oder außerhalb des bremischen Kompetenzbereichs stehen.

Zum Verfahren: Dieser Änderungsantrag soll behandelt werden, falls der Antrag auf Überweisung an den Landesvorstand bzw. Programmprozess nicht beschlossen wird.

Antrag A 02-E: Linke Friedenspolitik in unsicheren Zeiten

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Linke Friedenspolitik steht heute vor besonderen Herausforderungen. Wir werden
2 Zeuge eines historischen Umbruchs der bisherigen Weltordnung. Internationale
3 Auseinandersetzungen nehmen zu und eskalieren immer öfter in Kriegen. Die
4 weltweiten Rüstungsausgaben erreichen neue Rekordhöhen und liegen auch gemessen an
5 der globalen Wirtschaftsleistung auf dem höchsten Stand seit 2009. Die politische,
6 ökonomische und sicherheitspolitische Ordnung, auf die sich Europa jahrzehntelang
7 verlassen hat, ist zerfallen.

8 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine war in dieser Hinsicht ein
9 Einschnitt, aber kein isoliertes Ereignis. Die USA verringern ihr Engagement in
10 Europa und konzentrieren sich stärker auf die Rivalität zu China, das zur zweiten
11 globalen Supermacht aufgestiegen ist. Die Krise der neoliberalen Globalisierung
12 löst staatliche Versuche aus, eigene Einflussbereiche zu definieren, abzuschotten
13 und ökonomisch wie militärisch zu dominieren. Der „Westen“ hört auf, als
14 gemeinsames Interessenlager zu existieren. Gleichzeitig suchen viele Staaten und
15 Staatengruppen nach Möglichkeiten, sich der einseitigen Einbindung und Unterordnung
16 in einen US-amerikanisch oder chinesisch geführten Einflussbereich zu entziehen,
17 politisch und ökonomisch.

18 Krieg ist, zum Entsetzen vieler, wieder in neuer Weise führbar geworden und wird
19 von verschiedenen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren als normales Mittel zur
20 Durchsetzung von Interessen betrachtet und eingesetzt. Dabei sind alle Kriege heute
21 immer auch Gegenstand internationaler Einflussnahme, die ihre Fortsetzung
22 ermöglicht und gleichzeitig begrenzt: Russland könnte den Ukraine-Krieg nicht
23 dauerhaft führen ohne die ökonomische Unterstützung durch China, das aber eine
24 klare Grenze gegen eine nukleare Eskalation setzt. Die Ukraine könnte den Krieg
25 nicht führen ohne die ökonomische und militärische Unterstützung durch die EU-
26 Staaten, die mit diversen Auflagen verbunden ist. Israel muss sich zumindest
27 teilweise orientieren an den strategischen Vorgaben der USA. Der Sudan-Krieg wäre
28 nicht dauerhaft führbar ohne die Unterstützung durch die VAE auf der einen Seite
29 und Ägypten und Iran auf der anderen Seite. Der Appell an diplomatische Wege,
30 Kriege zu beenden, ist keine weltfremde Illusion. Ebenso wird aber deutlich, dass
31 selbst nukleare Bewaffnung nicht davor schützt, dass ein Staat angegriffen,
32 Territorium besetzt und Menschen getötet werden, oder die Drohung damit seine
33 politische Unabhängigkeit aushöhlt.

34 In dieser Situation ist linke Friedenspolitik so wichtig wie lange nicht mehr.
35 Friedenssicherung ist eines der Kernanliegen der Linken. Unsere politischen
36 Interventionen werden aber wirkungslos, wenn wir bestehende Differenzen unter uns
37 besonders laut nach außen kehren. Deshalb müssen wir uns auf die Gemeinsamkeiten
38 konzentrieren und Diskussionen solidarisch weiterführen. Uns geht es dabei nicht
39 anders als großen Teilen der Bevölkerung und unserer eigenen Wähler*innenschaft,
40 die sich eine friedenssichernde Politik wünschen, aber in bestimmten Fragen zu
41 denselben unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Gerade im Wahlkampf ist es
42 notwendig, dass wir mit diesen Differenzen ernsthaft und respektvoll umgehen und
43 nicht versuchen, den einen eine besondere Freude zu machen, während die anderen vor
44 den Kopf gestoßen werden. Das ist nicht nur ein wahltaktisches Gebot, sondern auch

45 unsere politische Aufgabe. Auch die Friedensbewegung kann nur wirksam
46 intervenieren, wenn sie sich auf das konzentriert, was innerhalb von ihr Konsens
47 ist.

48 Die Basis unserer friedenspolitischen Haltung ist bestimmt durch die Trias:
49 Verteidigungsfähigkeit – Nichtangriffsfähigkeit – Friedensfähigkeit. Wir sprechen
50 keiner Gesellschaft das Recht ab, ihre berechtigten Sicherheitsinteressen zu
51 verfolgen und sich vor militärischen Angriffen zu schützen. Wir erwarten von keinem
52 Staat und keiner Gesellschaft, sich lediglich auf den guten Willen anderer zu
53 verlassen. Wir lehnen aber alle Versuche ab, sich in eine Position zu bringen, die
54 eigene militärische Angriffe aussichtsreich macht. Der Angriff auf andere Staaten
55 und Gesellschaften, ihr Territorium und ihre Bevölkerung, ist kein legitimes Mittel
56 zur Erreichung irgendwelcher Ziele. Sicherheit ist nicht mit militärischen Mitteln
57 allein zu erreichen. Friedensfähigkeit bedeutet, die Sicherheitsinteressen anderer
58 anzuerkennen, die Existenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme
59 anzuerkennen, gemeinsame Wege zur Abrüstung zu suchen, Konfliktursachen frühzeitig
60 zu bekämpfen und sich für gerechte Konfliktlösungen aktiv einzusetzen.

61 Die Differenzen in unserer eigenen Debatte entstehen vor allem aus
62 unterschiedlichen Bewertungen: von Akteuren und ihren Absichten, von militärischen
63 Fähigkeiten und Risiken, von zugrundeliegenden Konflikten und möglichen Lösungen.
64 Diese Debatte müssen wir weiterführen, um Positionen annähern zu können. Sie ändert
65 nichts an unseren gemeinsamen friedenspolitischen und antimilitaristischen
66 Grundüberzeugungen.

67 Militarismus bezeichnet die Dominanz militärischer Logik, Interessen und
68 Betrachtungsweisen in der Bevölkerung. Die aktuelle Aufrüstung geht zweifellos mit
69 einer gewissen Militarisierung der gesellschaftlichen Debatte einher, auch wenn wir
70 weit weg sind von Zuständen wie im wilhelminischen Deutschland oder im heutigen
71 russischen Nationalismus. Es ist absurd, wenn das Geld, um Brücken und Häfen zu
72 sanieren oder den Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken, nur zur Verfügung
73 stehen, wenn und weil damit auch ein militärischer Nutzen verbunden ist. Das macht
74 es nicht falsch – kaputte Brücken und Häfen, fehlende Schutzräume und Notfallpläne
75 sind keine geeignete friedenspolitische Maßnahme. Aber es zeigt eine bestehende
76 Schieflage an, die wir nicht hinnehmen. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und
77 Soziales wären unter noch mehr Druck, wenn die Verteidigungsausgaben nicht von der
78 Schuldenbremse ausgenommen wären. Aber dass nur bauliche Infrastruktur und
79 Rüstungsausgaben vom Diktat der Schuldenbremse befreit wurden und nicht etwa
80 Zukunftsinvestitionen in Bildung, Klimaschutz und technologische Souveränität, ist
81 ein Stück Militarisierung und geht einher mit den Kampagnen, den Sozialstaat als
82 Schönwetterpolitik zu diffamieren.

83 Wir setzen uns als Linke im Land Bremen besonders für die folgenden
84 friedenspolitischen und antimilitaristischen Ziele ein:

- 85 • Keine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Eine demokratische Armee beruht auf
86 Freiwilligkeit, Parlamentsvorhalt und innerer Demokratisierung. Es gibt auch
87 linke Argumente für die Wehrpflicht als Alternative zur Berufsarmee, aber wir

- 88 sind uns einig darin: Die Wiedereinsetzung darf nicht kommen.
- 89 • Keine einseitige Unterrichtung und Werbung durch die Bundeswehr an Schulen.
 - 90 • Keine eigenständigen Förderprogramme für die Rüstungsindustrie.
 - 91 • Für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, mindestens eine starke
 - 92 staatliche Beteiligung an den großen Rüstungskonzernen. Das ist ein Gebot
 - 93 wirtschaftlicher und politischer Vernunft.
 - 94 • Für den Atomwaffenverbotsvertrag, für Abkommen zur Begrenzung militärischer
 - 95 Kapazitäten, für Abkommen zum Verbot von Waffensystemen mit besonders
 - 96 verheerender und unkontrollierter Wirkung, für die Wiederaufnahme von
 - 97 Abrüstungsverhandlungen.
 - 98 • Für die Verpflichtung der Bundeswehr auf Angriffsverbot und Völkerrecht auch
 - 99 im Eid.
 - 100 • Gegen eine kritiklose Befürwortung des Rüstungsbooms als vermeintliche
 - 101 wirtschaftspolitische Strategie.
 - 102 • Gegen den Einsatz von US-Überwachungssystemen wie Palantir.
 - 103 • Gegen die Verschärfung von innenpolitischen Repressions- und
 - 104 Überwachungsrechten.
 - 105 • Für die Abschaffung der Schuldenbremse und für eine gleichberechtigte
 - 106 Berücksichtigung von Ausgaben für Bildung, Sozialstaat und öffentlichen
 - 107 Reproduktionssektor.
- 108 Eine linke Kritik der aktuellen Rüstungsanstrengungen erfordert eine präzisere
- 109 Einschätzung dessen, was unter den heutigen Bedingungen verteidigungspolitisch
- 110 notwendig, was sinnlos und was gefährlich ist. Hier sind wir von einer gemeinsamen
- 111 Position noch weit entfernt. Entscheidungen über die grundsätzliche
- 112 verteidigungspolitische Strategie sind zudem Bundesentscheidungen, die wir nicht
- 113 durch landespolitische Verweigerung oder Übereifrigkeit beeinflussen können oder
- 114 wollen.
- 115 • Wir begrüßen die Bundesförderung für die Sanierung der Bremischen Häfen. Wir
 - 116 erwarten, dass eine damit verbundene militärische Nutzung die zivile Funktion
 - 117 der Häfen nicht einschränkt, und dass für etwaige Vorhaltekapazitäten bezahlt
 - 118 wird.
 - 119 • Wir kritisieren, dass Investitionen in technologische Souveränität, wie z.B.
 - 120 eigene europäische Satellitensysteme oder eigene digitale Systeme,
 - 121 Kommunikationstechnologien und Speicherkapazitäten, nur unter dem Aspekt ihres
 - 122 verteidigungspolitischen Nutzens gefördert und finanziert werden. Bremen
 - 123 verfügt hier über starke Kompetenzen und Kapazitäten, deren
 - 124 wirtschaftspolitischer und technologischer Nutzen eingeschränkt wird, wenn sie
 - 125 nur unter militärischen Vorgaben entwickelt werden.
 - 126 • Die Bundeswehr ist ein Teil der Gesellschaft. Das ist unsere Anforderung an
 - 127 sie, und das bestimmt unsere Haltung zu ihr.
 - 128 • Wir werben nicht aktiv um noch mehr Rüstungsansiedlungen. Die nächste

129 Marktbereinigung wird kommen, und wir wollen keine einseitigen Abhängigkeiten
130 aufbauen.

131 Unsere Haltung zu internationalen Konflikten basiert auf dem Bekenntnis zum
132 Völkerrecht und zur UN-Charta und dem Anspruch, das Völkerrecht auch
133 weiterzuentwickeln.

134 • Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir
135 bekräftigen das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung. Wir sind uns nicht
136 einig in der Frage der militärischen Unterstützung der Ukraine durch die EU
137 und Deutschland – diese Debatte werden wir weiter führen.

138 • Wir verurteilen die israelischen Bestrebungen, militärische Dominanz im Nahen
139 Osten durchzusetzen, fremde Gebiete zu besetzen und fremde Staaten
140 anzugreifen, und die faktische Selbstbestimmungsfähigkeit der
141 palästinensischen Nation durch Besetzung und aggressive Siedlungspolitik zu
142 zerstören. Wir verurteilen, dass viele Staaten und nichtstaatliche
143 Organisationen der Region das Existenzrecht Israels nach wie vor nicht
144 anerkennen und das Ziel der Vernichtung Israels entweder selbst proklamieren
145 oder solche Bestrebungen fördern. Wir sind uns nicht einig in der Frage, in
146 welcher Weise die staatliche Selbstbestimmung der palästinensischen Nation
147 realisiert werden soll und mit welchen Mitteln Deutschland und Europa zur
148 Durchsetzung dieses Ziels beitragen soll – diese Debatte werden wir weiter
149 führen.

150 • Wir halten es für zwingend, dass die Verteidigungsfähigkeit der EU-Staaten
151 gemeinsam und in Bündnissen realisiert wird. Eine maximalistische Aufrüstung
152 „jeder für sich“ wäre irrsinnig. Wir sind uns nicht einig, welche genau Form
153 eine solche europäische Verteidigungsfähigkeit annehmen soll, wie eng oder
154 lose sie verbunden sein soll, und welche Politik aktuell im Rahmen und
155 gegenüber der NATO verfolgt werden soll. Auch diese Debatte werden wir weiter
156 führen.

Begründung

Im November 2025 hatte der Landesparteitag verschiedene Anträge zum Thema Friedens- und Sicherheitspolitik zurückgestellt und sich darauf verständigt, auf einer Landesmitgliederversammlung die offenen Fragen und konträren Positionen weiter zu diskutieren. Die LMV fand am 14.März 2026 statt. Auf Bundesebene wird das Thema im Zusammenhang mit der Programmdebatte ebenfalls diskutiert und auch im Leitantrag zum kommenden Bundesparteitag behandelt.

Der nächste Schritt ist jetzt, sich auf die Gemeinsamkeiten zu konzentrieren und die strittigen Fragen weiter intern zu debattieren. Nur so können wir nach außen handlungsfähig sein. Es wird nichts bringen, mit knappen Mehrheiten Positionen zu beschließen, hinter denen wir uns nicht gemeinsam versammeln können. Vielmehr braucht es eine Klärung darüber, was wir gemeinsam sagen und vertreten können, und wo wir noch mehr Zeit benötigen.

Der A2 leistet dies nicht (und andere vorliegende Anträge zum Thema ebenfalls). Die Erarbeitung eines gemeinsamen Antrags aus den AGs „Frieden und Antimilitarismus“ bzw. „Internationalismus – Linke Außen- und Sicherheitspolitik“ ist bislang nicht gelungen. Der Landesvorstand legt daher den vorliegenden Ersetzungsantrag vor. Er beschreibt einen gemeinsamen Korridor, der bestehende Differenzen nicht einebnet, aber das Gemeinsame nach vorn stellt.

Der Ersetzungsantrag greift Positionen und Forderungen aus dem A2 und dem A14 und aus dem Leitantrag auf Bundesebene auf. Wird er angenommen, ersetzt er den A2 komplett. Ob sich damit auch weitere der vorliegenden Anträge an den Landesparteitag erledigt haben, muss der Parteitag entscheiden.

Antrag A 02-E -01: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	Kai Stührenberg (KV Links der Weser · Nr. 5613)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 130

- 128 • Wir werben nicht aktiv um noch mehr Rüstungsansiedlungen. Die nächste
129 Marktbereinigung wird kommen, und wir wollen keine einseitigen Abhängigkeiten
130 aufbauen.
- Wir fordern eine enge haushälterische Kontrolle der Beschaffung bei der Bundeswehr, um zu vermeiden, dass zu überhöhten Preisen eingekauft wird. Die Gelder der Steuerzahler*innen müssen sorgfältig verausgabt werden, so viel wie nötig aber zu den niedrigsten Preisen, die möglich sind. Niemand darf sich an den Rüstungsausgaben bereichern.

Begründung

Gerade aktuell gab es den Fall der Tankcontainer, die auf einmal doppelt so teuer waren wie vorher. Dies war nur zwei parlamentarischen Haushälterinnen im Bund aufgefallen, was dafür spricht, dass noch keine funktionierenden Kontrollmechanismen aufgebaut wurden.

Antrag A 02-E -02: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	Kai Stührenberg (KV Links der Weser · Nr. 5613)
-------------------	---

Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 107

- 105 • Für die Abschaffung der Schuldenbremse und für eine gleichberechtigte
106 Berücksichtigung von Ausgaben für Bildung, Sozialstaat und öffentlichen
107 Reproduktionssektor.
- eine Übergewinnsteuer für Unternehmen der Sicherheits-Verteidigungsindustrie.

Begründung

In einem oligopolistischen Markt besteht nur ein begrenzter Wettbewerb, was automatisch zu überproportionalen Gewinnen führt. Es kann nicht sein, dass Steuergelder an private Aktionäre transferiert werden. Vor allem dann nicht, wenn es sich nicht um eine normale Marktentwicklung handelt, sondern um einen durch temporäre Krisen erzeugte Nachfrage von staatlicher Seite. In einer ohnehin nicht nachhaltigen Industrie muss die Wertschöpfung zumindest anteilig der Allgemeinheit wieder zu Gute kommen, um in wichtige Themen, wie Bildung und Infrastrukturen investieren zu können.

Antrag A 02-E -03: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Internationalismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 68

- 67 Militarismus bezeichnet die Dominanz militärischer Logik, Interessen und
68 Betrachtungsweisen in der Bevölkerung. Die aktuelle Aufrüstung geht ~~zweifellos mit~~ mit
69 einer gewissen Militarisierung der gesellschaftlichen Debatte einher, auch wenn wir
70 weit weg sind von Zuständen wie im wilhelminischen Deutschland oder im heutigen
71 russischen Nationalismus. Es ist absurd, wenn das Geld, um Brücken und Häfen zu
72 sanieren oder den Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken, nur zur Verfügung
73 stehen, wenn und weil damit auch ein militärischer Nutzen verbunden ist. Das macht
74 es nicht falsch - kaputte Brücken und Häfen, fehlende Schutzräume und Notfallpläne

75 sind keine geeignete friedenspolitische Maßnahme. Aber es zeigt eine bestehende
76 Schieflage an, die wir nicht hinnehmen. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und
77 Soziales wären unter noch mehr Druck, wenn die Verteidigungsausgaben nicht von der
78 Schuldenbremse ausgenommen wären. Aber dass nur bauliche Infrastruktur und
79 Rüstungsausgaben vom Diktat der Schuldenbremse befreit wurden und nicht etwa
80 Zukunftsinvestitionen in Bildung, Klimaschutz und technologische Souveränität, ist
81 ein Stück Militarisierung und geht einher mit den Kampagnen, den Sozialstaat als
82 Schönwetterpolitik zu diffamieren.

Begründung

Wir folgen ausdrücklich dem in Absatz 4 formulierten Grundgedanken, dass „(...) es notwendig [ist], dass wir mit diesen Differenzen ernsthaft und respektvoll umgehen und nicht versuchen, den einen eine besondere Freude zu machen, während die anderen vor den Kopf gestoßen werden. Das ist nicht nur ein wahltaktisches Gebot, sondern auch unsere politische Aufgabe.“ – Wir haben in unseren Anträgen zu den letzten beiden Landesparteitagen unsere Zweifel in differenzierter Weise dargestellt. Folgt man dem zuvor zitierten Grundgedanken verbietet sich unserer Ansicht nach die Formulierung „zweifello“.

Antrag A 02-E -04: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Internationalismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 86 - 88

- 85 • Keine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Eine demokratische Armee beruht auf
86 Freiwilligkeit, Parlamentsvorhalt und innerer Demokratisierung. ~~Es gibt auch linke~~
87 ~~Argumente für die Wehrpflicht als Alternative zur Berufsarmee, aber wir sind uns einig~~
88 ~~darin: Die Wiedereinsetzung darf nicht kommen.~~

Begründung

Mit den ersten beiden Sätzen sind wir voll einverstanden. Die beiden weiteren Sätze stellen einen fatalen Widerspruch dar: Zum einen in sich selbst, denn wenn es linke Argumente sowohl für als auch gegen die „Wehrpflicht als Alternative zur Berufsarmee“ gibt, dann sind wir uns offenbar nicht einig. Zum anderen folgen wir auch hier dem in Absatz 4 vorgetragenen Grundgedanken,

dass „(...) es notwendig [ist], dass wir mit diesen Differenzen ernsthaft und respektvoll umgehen und nicht versuchen, den einen eine besondere Freude zu machen, während die anderen vor den Kopf gestoßen werden. Das ist nicht nur ein wahltaktisches Gebot, sondern auch unsere politische Aufgabe.“ Insofern verbietet sich an dieser Stelle die Behauptung, dass wir uns einig wären.

Antrag A 02-E -05: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Internationalismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 119 - 125

- 119 • Wir ~~kritisieren, dass~~ begrüßen Investitionen in technologische Souveränität, wie z.B. eigene
120 europäische Satellitensysteme oder eigene digitale Systeme, Kommunikationstechnologien
121 und Speicherkapazitäten, ~~nur unter dem Aspekt ihres verteidigungspolitischen Nutzens-~~
122 ~~gefördert und finanziert werden.~~ Bremen verfügt hier über starke Kompetenzen und
123 Kapazitäten, ~~deren wirtschaftspolitischer und technologischer Nutzen eingeschränkt wird,~~
124 ~~wenn sie nur unter militärischen Vorgaben entwickelt werden.~~
125

Begründung

Die Aussage des ursprünglichen Antragstextes ist an dieser Stelle leider falsch. Systeme wie Galileo oder IRIS2/Govsatcom sind älter als die sogenannte „Zeitenwende“ bzw. sind unter anderen Vorzeichen initiiert worden. Aus unserer Sicht sollte die Linke Anstrengungen in Richtung technologischer Souveränität begrüßen.

Antrag A 02-E -06: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Internationalismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 138

- 138 • ~~Wir verurteilen die~~ Wir verurteilen die Bestrebungen der aktuellen israelischen
139 ~~Bestrebungen~~ Regierung, militärische Dominanz im Nahen
140 Osten durchzusetzen, fremde Gebiete zu besetzen und fremde Staaten
141 anzugreifen, und die faktische Selbstbestimmungsfähigkeit der
142 palästinensischen Nation durch Besetzung und aggressive Siedlungspolitik zu
143 zerstören. Wir verurteilen, dass viele Staaten und nichtstaatliche
144 Organisationen der Region das Existenzrecht Israels nach wie vor nicht
145 anerkennen und das Ziel der Vernichtung Israels entweder selbst proklamieren
146 oder solche Bestrebungen fördern. Wir sind uns nicht einig in der Frage, in
147 welcher Weise die staatliche Selbstbestimmung der palästinensischen Nation
148 realisiert werden soll und mit welchen Mitteln Deutschland und Europa zur
149 Durchsetzung dieses Ziels beitragen soll - diese Debatte werden wir weiter
führen.

Begründung

Die im Antragstext kritisierten Bestrebungen sind in Israel heftig umstritten und außerhalb der rechtsextremen Koalition offenbar nicht Konsens. Insofern ist die Formulierung unnötig verallgemeinernd und potentiell förderlich für antisemitische Ressentiments.

Antrag A 02-E -07: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 30 - 33

- 18 Krieg ist, zum Entsetzen vieler, wieder in neuer Weise führbar geworden und wird
19 von verschiedenen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren als normales Mittel zur
20 Durchsetzung von Interessen betrachtet und eingesetzt. Dabei sind alle Kriege heute
21 immer auch Gegenstand internationaler Einflussnahme, die ihre Fortsetzung
22 ermöglicht und gleichzeitig begrenzt: Russland könnte den Ukraine-Krieg nicht
23 dauerhaft führen ohne die ökonomische Unterstützung durch China, das aber eine
24 klare Grenze gegen eine nukleare Eskalation setzt. Die Ukraine könnte den Krieg
25 nicht führen ohne die ökonomische und militärische Unterstützung durch die EU-
26 Staaten, die mit diversen Auflagen verbunden ist. Israel muss sich zumindest
27 teilweise orientieren an den strategischen Vorgaben der USA. Der Sudan-Krieg wäre

28 nicht dauerhaft führbar ohne die Unterstützung durch die VAE auf der einen Seite
29 und Ägypten und Iran auf der anderen Seite. Der Appell an diplomatische Wege,
30 Kriege zu beenden, ist keine weltfremde Illusion. ~~Ebenso wird aber deutlich, dass~~
31 ~~selbst nukleare Bewaffnung nicht davor schützt, dass ein Staat angegriffen,~~
32 ~~Territorium besetzt und Menschen getötet werden, oder die Drohung damit seine~~
33 ~~politische Unabhängigkeit aushöhlt.~~

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -08: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 38 - 47

34 In dieser Situation ist linke Friedenspolitik so wichtig wie lange nicht mehr.
35 Friedenssicherung ist eines der Kernanliegen der Linken. Unsere politischen
36 Interventionen werden aber wirkungslos, wenn wir bestehende Differenzen unter uns
37 besonders laut nach außen kehren. Deshalb müssen wir uns auf die Gemeinsamkeiten
38 konzentrieren und Diskussionen solidarisch weiterführen. ~~Uns geht es dabei nicht~~
39 ~~anders als großen Teilen der Bevölkerung und unserer eigenen Wähler*innenschaft,~~
40 ~~die sich eine friedenssichernde Politik wünschen, aber in bestimmten Fragen zu~~
41 ~~denselben unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Gerade im Wahlkampf ist es~~
42 ~~notwendig, dass wir mit diesen Differenzen ernsthaft und respektvoll umgehen und~~
43 ~~nicht versuchen, den einen eine besondere Freude zu machen, während die anderen vor~~
44 ~~den Kopf gestoßen werden. Das ist nicht nur ein wahltaktisches Gebot, sondern auch~~
45 ~~unsere politische Aufgabe. Auch die Friedensbewegung kann nur wirksam~~
46 ~~intervenieren, wenn sie sich auf das konzentriert, was innerhalb von ihr Konsens~~
47 ~~ist.~~

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -09: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 48 - 49

48 ~~Die Basis unserer friedenspolitischen Haltung ist bestimmt durch die Trias:~~
49 ~~Verteidigungsfähigkeit – Nichtangriffsfähigkeit – Friedensfähigkeit.~~ Wir sprechen
50 keiner Gesellschaft das Recht ab, ihre berechtigten Sicherheitsinteressen zu
51 verfolgen und sich vor militärischen Angriffen zu schützen. Wir erwarten von keinem
52 Staat und keiner Gesellschaft, sich lediglich auf den guten Willen anderer zu
53 verlassen. Wir lehnen aber alle Versuche ab, sich in eine Position zu bringen, die
54 eigene militärische Angriffe aussichtsreich macht. Der Angriff auf andere Staaten
55 und Gesellschaften, ihr Territorium und ihre Bevölkerung, ist kein legitimes Mittel
56 zur Erreichung irgendwelcher Ziele. Sicherheit ist nicht mit militärischen Mitteln
57 allein zu erreichen. Friedensfähigkeit bedeutet, die Sicherheitsinteressen anderer
58 anzuerkennen, die Existenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme
59 anzuerkennen, gemeinsame Wege zur Abrüstung zu suchen, Konfliktursachen frühzeitig
60 zu bekämpfen und sich für gerechte Konfliktlösungen aktiv einzusetzen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A 02-E -10: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 51 - 53

48 Die Basis unserer friedenspolitischen Haltung ist bestimmt durch die Trias:

49 Verteidigungsfähigkeit - Nichtangriffsfähigkeit - Friedensfähigkeit. Wir sprechen
50 keiner Gesellschaft das Recht ab, ihre berechtigten Sicherheitsinteressen zu
51 verfolgen und sich vor militärischen Angriffen zu schützen. Wir ~~erwarten von keinem~~
52 ~~Staat und keiner Gesellschaft, sich lediglich auf den guten Willen anderer zu~~
53 ~~verlassen. Wir~~ lehnen aber alle Versuche ab, sich in eine Position zu bringen, die
54 eigene militärische Angriffe aussichtsreich macht. Der Angriff auf andere Staaten
55 und Gesellschaften, ihr Territorium und ihre Bevölkerung, ist kein legitimes Mittel
56 zur Erreichung irgendwelcher Ziele. Sicherheit ist nicht mit militärischen Mitteln
57 allein zu erreichen. Friedensfähigkeit bedeutet, die Sicherheitsinteressen anderer
58 anzuerkennen, die Existenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme
59 anzuerkennen, gemeinsame Wege zur Abrüstung zu suchen, Konfliktursachen frühzeitig
60 zu bekämpfen und sich für gerechte Konfliktlösungen aktiv einzusetzen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -11: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 69 - 71

67 Militarismus bezeichnet die Dominanz militärischer Logik, Interessen und
68 Betrachtungsweisen in der Bevölkerung. Die aktuelle Aufrüstung geht zweifellos mit
69 einer gewissen Militarisierung der gesellschaftlichen Debatte einher, ~~auch wenn wir~~
70 ~~weit weg sind von Zuständen wie im wilhelminischen Deutschland oder im heutigen~~
71 ~~russischen Nationalismus~~. Es ist absurd, wenn das Geld, um Brücken und Häfen zu
72 sanieren oder den Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken, nur zur Verfügung
73 stehen, wenn und weil damit auch ein militärischer Nutzen verbunden ist. Das macht
74 es nicht falsch - kaputte Brücken und Häfen, fehlende Schutzzräume und Notfallpläne
75 sind keine geeignete friedenspolitische Maßnahme. Aber es zeigt eine bestehende
76 Schieflage an, die wir nicht hinnehmen. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und
77 Soziales wären unter noch mehr Druck, wenn die Verteidigungsausgaben nicht von der
78 Schuldenbremse ausgenommen wären. Aber dass nur bauliche Infrastruktur und
79 Rüstungsausgaben vom Diktat der Schuldenbremse befreit wurden und nicht etwa
80 Zukunftsinvestitionen in Bildung, Klimaschutz und technologische Souveränität, ist

- 81 ein Stück Militarisierung und geht einher mit den Kampagnen, den Sozialstaat als
82 Schönwetterpolitik zu diffamieren.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -12: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 76 - 78

- 67 Militarismus bezeichnet die Dominanz militärischer Logik, Interessen und
68 Betrachtungsweisen in der Bevölkerung. Die aktuelle Aufrüstung geht zweifellos mit
69 einer gewissen Militarisierung der gesellschaftlichen Debatte einher, auch wenn wir
70 weit weg sind von Zuständen wie im wilhelminischen Deutschland oder im heutigen
71 russischen Nationalismus. Es ist absurd, wenn das Geld, um Brücken und Häfen zu
72 sanieren oder den Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken, nur zur Verfügung
73 stehen, wenn und weil damit auch ein militärischer Nutzen verbunden ist. Das macht
74 es nicht falsch - kaputte Brücken und Häfen, fehlende Schutzzräume und Notfallpläne
75 sind keine geeignete friedenspolitische Maßnahme. Aber es zeigt eine bestehende
76 Schieflage an, die wir nicht hinnehmen. ~~Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und~~
77 ~~Soziales wären unter noch mehr Druck, wenn die Verteidigungsausgaben nicht von der~~
78 ~~Schuldenbremse ausgenommen wären.~~ Aber dass nur bauliche Infrastruktur und
79 Rüstungsausgaben vom Diktat der Schuldenbremse befreit wurden und nicht etwa
80 Zukunftsinvestitionen in Bildung, Klimaschutz und technologische Souveränität, ist
81 ein Stück Militarisierung und geht einher mit den Kampagnen, den Sozialstaat als
82 Schönwetterpolitik zu diffamieren.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -13: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 89

- 89 • Keine ~~einseitige~~-Unterrichtung und Werbung durch die Bundeswehr an Schulen, auf Berufsmessen und im öffentlichen Raum.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -14: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 90

- 90 • Zivilklauseln an den Bremer Hochschulen erhalten und stärken.
91 • Keine eigenständigen Förderprogramme für die Rüstungsindustrie.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A 02-E -15: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 90

- 90 • Keine ~~eigenständigen~~ Förderprogramme für die Rüstungsindustrie.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -16: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 93

- 91 • Für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, mindestens eine starke
92 staatliche Beteiligung an den großen Rüstungskonzernen. Das ist ein Gebot
93 wirtschaftlicher und politischer Vernunft. Zusätzlich setzen wir uns für Rüstungskonversion,
Rüstungskontrolle und Demokratisierung der Rüstungsindustrie in Deutschland ein.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -17: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 94

- 94 • Wir organisieren und unterstützen zivile Proteste, arbeiten in antimilitaristischen
95 Bündnissen mit, und bieten den Beschäftigten sowohl der Rüstungsindustrie als auch der
96 krisenhaften Industriebranchen durch ein ökosozialistisches Umbauprogramm eine
97 konkrete Alternative. Wir arbeiten so am Brückenschlag zwischen linken
Gewerkschafter*innen, Friedens-, Antimilitarismus- und Umweltaktivist*innen.
- Für den Atomwaffenverbotsvertrag, für Abkommen zur Begrenzung militärischer
95 Kapazitäten, für Abkommen zum Verbot von Waffensystemen mit besonders
96 verheerender und unkontrollierter Wirkung, für die Wiederaufnahme von
97 Abrüstungsverhandlungen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -18: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 100

- 100 • Gegen eine ~~kritiklose~~-Befürwortung des Rüstungsbooms als vermeintliche
101 wirtschaftspolitische Strategie.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -19: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 102

- 102 • Gegen den Einsatz von ~~US~~-Überwachungssystemen wie Palantir.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -20: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 109 - 112

- 108 Eine linke Kritik der aktuellen Rüstungsanstrengungen erfordert eine präzisere
109 Einschätzung dessen, was unter den heutigen Bedingungen ~~verteidigung~~friedenspolitisch
110 notwendig, was sinnlos und was gefährlich ist. Hier sind wir von einer gemeinsamen
111 Position noch weit entfernt. Entscheidungen über die grundsätzliche ~~verteidigung~~
friedenspolitische Strategie sind zudem Bundesentscheidungen, die wir nicht
113 durch landespolitische Verweigerung oder Übereifrigkeit beeinflussen können oder
114 wollen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -22: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 126 - 127

- 126 • ~~Die Bundeswehr ist ein Teil der Gesellschaft. Das ist unsere Anforderung an~~
127 ~~sie, und das bestimmt unsere Haltung zu ihr.~~
- Die Bundeswehr ist kein Teil der Zivilgesellschaft. Zum Katastrophenschutz müssen stattdessen THW und Feuerwehr gestärkt werden.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -21: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 115 - 118

- 115 • ~~Wir begrüßen die Bundesförderung für die Sanierung der Bremischen Häfen. Wir~~
116 ~~erwarten, dass eine damit verbundene militärische Nutzung die zivile Funktion~~
117 ~~der Häfen nicht einschränkt, und dass für etwaige Vorhaltekapazitäten bezahlt~~
118 ~~wird.~~
- Kein Ausbau von Bremerhaven zum Militärhafen. Die notwendige Sanierung darf nicht an die Ertüchtigung zum Militärhafen gekoppelt werden.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -23: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
-------------------	----------------------------------

Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 134 - 137

- 134 • ~~Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir~~
135 ~~bekräftigen das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung. Wir sind uns nicht~~
136 ~~einig in der Frage der militärischen Unterstützung der Ukraine durch die EU-~~
137 ~~und Deutschland – diese Debatte werden wir weiter führen.~~
- Wir verurteilen den Krieg in der und um die Ukraine. Wir bekräftigen die Notwendigkeit aller Möglichkeiten, um ihn zu beenden, einschließlich aller diplomatischer Verhandlungen. Wir sind uns nicht einig hinsichtlich der Ursache dieses Konflikts sowie in der Gewichtung von Maßnahmen, ihn zu beenden - diese Debatte werden wir weiter führen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02-E -24: Änderungsantrag zu A 02-E

Änderungsantrag zu A 02-E

Antragsteller/in:	LAG Frieden und Antimilitarismus
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 150 - 156

- 150 • ~~Wir halten es für zwingend, dass die Verteidigungsfähigkeit der EU-Staaten gemeinsam~~
151 ~~und~~ Unsere Sichtweise ist nicht die des Generals, sondern des Wehrpflichtigen, nicht die
152 der Geostrategin, sondern der obdachlosen Mutter, die ihr Haus bei einem Bombenangriff
153 verloren hat und mit ihren Kindern auf der Straße steht“ (Ines Schwerdtner). Wir
154 verteidigen die Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung mit den Waffen der
155 Arbeiter*innenbewegung: Streiks, Demonstrationen, Blockaden. Unsere internationalen
156 Verbündeten sind die Friedensbewegungen und Arbeiter*innenbewegungen in Bündnissen-
~~realisiert wird. Eine maximalistische Aufrüstung „jeder für sich“ wäre irrsinnig. Wir sind uns~~
~~nicht einig, welche genau Form eine solche europäische Verteidigungsfähigkeit annehmen~~

~~soll, wie eng oder lose sie verbunden sein soll, und welche Politik aktuell im Rahmen und gegenüber der NATO verfolgt werden soll. Auch diese Debatte werden wir weiterführen~~
anderen Ländern. Unsere Gegner sind die herrschenden Kriegstreiber*innen aller Länder.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A 02 -03: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Progressive Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 77 - 79

- 77 ~~Diese linken Antworten auf die rechte Offensive machen deutlich: Eine Einigung mit SPD und Grünen, geschweige denn mit CDU oder noch schlimmerem, wird nicht möglich sein.~~ Unsere Bündnispartner*innen sind deshalb die Antikriegsbewegung,
- 80 Gewerkschaften, Antifaschist*innen, die Klimabewegung, und die, die in den Stadtteilen aktiv werden. Mit ihnen kämpfen wir um die Mehrheit, nicht nur im Parlament, sondern in der Gesellschaft.

Begründung

Selbstverständlich sind SPD und Grüne potenzielle Bündnisparteien für Die Linke. Und auch mit der CDU wird man zu bestimmten Anlässen zusammenarbeiten müssen, z.B. bei der Reform der Schuldenbremse.

Antrag A 02 -04: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Progressive Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 57

- 56 • Radikale Verkehrswende: Kostenloser Nahverkehr. Umstellung von Autoproduktion
57 auf Busse und Bahnen ~~-statt auf Panzer-~~

Begründung

Rüstungsproduktion ist auf absehbare Zeit ein notwendiges Übel.

Antrag A 02 -05: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Progressive Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 55

- 55 • Verstaatlichung von Rüstungsindustrien ~~zum Zweck der Konversion-~~

Begründung

Konversion ist vielleicht perspektivisch das Ziel, angesichts der aktuellen geopolitischen Lage aber kein gangbarer Weg.

Antrag A 02 -06: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Progressive Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 36

- 22 Auch der deutsche Staat verschärft die Mittel der Herrschaft. Die materielle Aufrüstung des Militär- und Sicherheitsapparats geht mit dem Ausbau seiner Befugnisse einher. Alexander Dobrindt möchte eine stärkere Überwachung, der BND soll ausgebaut werden. Verschiedene Bundesländer haben sich mit Palantir eine Datenanalysesoftware des Trump-Freundes Peter Thiel angeschafft. Neben dem Ausbau von Repressionsmöglichkeiten beobachten wir auch eine Umformung des gesellschaftlichen Konsens. Nachdem seit Jahren gegen Migrant*innen, Arbeitslose, Transmenschen mobilisiert wird, werden nun auch stärker Arbeiter*innen in den Fokus genommen: Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Arbeiter*innen sich wieder kaputt arbeiten sollen. Unter dem verschärften Aufrüstungskurs sei kein Geld für Sozialausgaben da, was drastische Einschnitte bei Renten, Krankenversicherungen und Bildungsförderungen nötig mache. Nebeneffekt: Arbeiter*innen können sich ausschließlich mit ihrem Überleben beschäftigen und den Herrschenden nicht in ihre Politik reinreden. Junge Menschen sollen wieder in Uniformen gesteckt werden und
- 36 ihr Leben riskieren, ~~um deutsche Macht- und Kapitalinteressen abzusichern.~~

Begründung

Wir sollten die Debatte um Verteidigungspolitik versachlichen. Da sind solche unbegründeten Unterstellungen fehl am Platz.

Antrag A 02 -10: Änderungsantrag zu A 02

Änderungsantrag zu A 02

Antragsteller/in:	Philipp Gravenhorst (KV Links der Weser · Nr. 5602)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 36

- 22 Auch der deutsche Staat verschärft die Mittel der Herrschaft. Die materielle Aufrüstung des Militär- und Sicherheitsapparats geht mit dem Ausbau seiner Befugnisse einher. Alexander Dobrindt möchte eine stärkere Überwachung, der BND soll ausgebaut werden. Verschiedene Bundesländer haben sich mit Palantir eine Datenanalysesoftware des Trump-Freundes Peter Thiel angeschafft. Neben dem Ausbau von Repressionsmöglichkeiten beobachten wir auch eine Umformung des gesellschaftlichen Konsens. Nachdem seit Jahren gegen Migrant*innen, Arbeitslose, Transmenschen mobilisiert wird, werden nun auch stärker Arbeiter*innen in den Fokus genommen: Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Arbeiter*innen sich wieder kaputt arbeiten sollen. Unter dem verschärften Aufrüstungskurs sei kein Geld

für Sozialausgaben da, was drastische Einschnitte bei Renten, Krankenversicherungen und Bildungsförderungen nötig mache. Nebeneffekt: Arbeiter*innen können sich ausschließlich mit ihrem Überleben beschäftigen und den Herrschenden nicht in ihre Politik reinreden. Junge Menschen sollen wieder in Uniformen gesteckt werden und

- 36 ihr Leben riskieren, um deutsche und internationale Macht- und Kapitalinteressen abzusichern.

Begründung

Technischer Beweis, dass OpenSlides ÄAs an ÄAs erlaubt.

Antrag A 08 -01: Änderungsantrag zu A 08

Änderungsantrag zu A 08

Antragsteller/in:	Christian Gloede (OV Bremen-West · Nr. 3604)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Anträge an den Parteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 Senator*innen und Fraktion der Partei werden aufgefordert, ~~sich~~ in ihren jeweiligen Verhandlungen alle Möglichkeiten auszuschöpfen, der weiteren
- 2 Militarisierung Bremerhavens entgegenzutreten und diese weitgehend zu widersetzte verhindern. ~~Stattdessen fordern wir:~~ Lenkend sind dabei folgende Forderungen:

Begründung

Diese Formulierung ermöglicht auch Verhandlungserfolge.

Antrag O 03 -01: Änderungsantrag zu O 03

Änderungsantrag zu O 03

Antragsteller/in:	Kaspar Nickel (KV Links der Weser · Nr. 5609)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	O - Anträge mit Organisationsbezug

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 7 - 16

~~Monatliches Nettoeinkommen — Monatlicher Mindestbeitrag im Bezug zum
Nettoeinkommen Mitglieder ohne Einkommen & Transferleistungsbeziehende 1,50€ Unter
900€ 1% 900-1500€ 1,5% Über 1500€ 2%~~

Monatliches Nettoeinkommen Monatlicher Mindestbeitrag im Bezug zum
Nettoeinkommen Mitglieder ohne Einkommen & Transferleistungsbeziehende 1,50€ Unter
900€ 1% 900-1500€ 1,5% Über 1500€ 2% Über 4000€ 3%

17

-

Begründung

Menschen, die noch deutlich höhere Einkommen erzielen müssen immer weniger Geld für ihre Lebenshaltung ausgeben (Geld, Transport, Miete), daher können sie auch mehr beitragen. Bei 6000€ Einkommen hieße das 180 Euro, statt 120 Euro und bei 4000€ Einkommen 120€ statt 80€.